

**Gegen das Verschwindenlassen
und mehr zu Mexiko Kolumbien
Honduras El Salvador Nicaragua
Brasilien**

Jahresbericht 2023



7	Honduras: Länderbericht
14	Aktivitäten
25	Kolumbien: Länderbericht
33	Aktivitäten
43	El Salvador: Länderbericht
51	Aktivitäten
57	Mexiko: Länderbericht
66	Aktivitäten
77	Nicaragua: Länderbericht
87	Brasilien: Aktivitäten
89	Angebote für Schulen
93	Sonstige Aktivitäten
94	Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Editorial

Über ein halbes Jahr lang haben wir 2023 den mexikanischen Menschenrechtsverteidiger und Wissenschaftler León Ávila Romero gemeinsam mit seiner Partnerin Jeyma Miller in München durch die Höhen und Tiefen eines temporären Schutzaufenthaltes begleitet. Zwei Sätze von León auf der Fahrt zum Flughafen sind uns besonders im Gedächtnis geblieben. Der eine war ironisch gemeint: „Jetzt war ich so lang in Deutschland und hab's doch verpasst, endlich mal mit 200 Sachen über die Autobahn zu brausen.“ Und der andere bitter ernst: „Wenn ihr hier in Deutschland so weiter macht, habt ihr in den dreissiger Jahren wieder Faschisten an der Regierung.“ Es ist kein Zufall, dass wir die Rückschau auf das vergangene Jahr mit einem Blick aus dem so genannten Globalen Süden auf uns hier im Globalen Norden beginnen. Das Jahr war schwierig, wir hatten zu kämpfen, um all die Aktivitäten gut umzusetzen, die wir uns vorgenommen hatten. Vor allem aber erfuhren wir sehr stark, wie sich „shrinking spaces“ hier bei uns anfühlen. Die Verengung von Diskurs- und Aktionsräumen wurde ja in den letzten Jahren in der NGO-Szene gerne mal für anderswo diagnostiziert. Wir spürten den Effekt, den die schon lange existierenden, aber jetzt für alle grausam evidenten Doppelstandards in der hiesigen Menschenrechtspolitik auch in Lateinamerika haben. Solidarität – Wie? Mit wem? Mit wem nicht? Höchste Zeit, unser altes Ökübüro-Motto von den gemeinsamen Kämpfen von „Nord“ und „Süd“ für Veränderung neu zu reflektieren und zu beleben...

Für alle, die schon mal einen kurzen Überblick haben möchten, was in unseren Schwerpunktländern 2023 los war, hier die knappe Zusammenfassung der Länderkapitel dieses Jahresberichtes:

Mexiko

Die sechsjährige Amtszeit von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) endet demnächst und hinterlässt eine wahrhaft besorgniserregende Menschenrechts- und Umweltbilanz. Mexiko gehört zu den fünf gefährlichsten Ländern der Welt für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. Obwohl diese Krise nicht mit dieser Regierung begann, hat sich die Menschenrechtslage während ihrer Amtszeit nicht verbessert.

Kolumbien

2023 war Kolumbien weiterhin mit einer komplexen Menschenrechtssituation konfrontiert, insbesondere für ethnische Gemeinschaften in ländlichen Gebieten. Der Amtsantritt von Präsident

Gustavo Petro weckte Hoffnungen auf deutliche Veränderungen für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen des Landes. Im vergangenen Jahr gab es jedoch politische und soziale Herausforderungen, die den Weg des Wandels erschwerten. Die Regierungsinstitutionen sahen sich mit dem Erbe früherer Verwaltungen oder mit einigen der derzeitigen regionalen und lokalen Machthaber*innen konfrontiert. Zudem gab es Kritik an der Regierung, beispielsweise für exzessive Ausgaben oder für die Vergabe von Aufträgen an enge Freunde der Präsidentenfamilie. Das Land hat trotzdem wichtige Fortschritte gemacht.

El Salvador

Der Ende März 2022 verhängte Ausnahmezustand beschnitt auch 2023 elementare Bürgerrechte, während Präsident Nayib Bukele zunehmend autokratisch regiert und hart gegen Regierungskritiker*innen vorgeht. Im Ausnahmezustand wurde bis Jahresende über 75.000 Personen, darunter viele ohne Anklage und Prozess, in die ohnehin überfüllten Gefängnisse gesperrt. Besonders verarmte Jugendliche leiden unter der Stigmatisierung als angebliche Bandenmitglieder. Sie laufen täglich Gefahr, willkürlich verhaftet zu werden. Deshalb migrieren viele in die USA. In den Gefängnissen in El Salvador kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen, sowie Folter und außergerichtlichen Tötungen. Betroffen sind auch Aktivist*innen aus den sozialen Bewegungen.

Honduras

Die Mitte-Links Regierung der Partei Libre von Xiomara Castro war Ende Januar 2022 angetreten, um die Strukturen des seit dem Putsch 2009 errichteten korrupten Narcostaates zu demontieren und Grundlagen für eine Neugründung von Honduras zu schaffen. Zur Mitte ihrer Amtszeit Ende 2023 fällt die Bilanz nach Auffassung der meisten Analyst*innen allenfalls gemischt aus.⁽¹⁾ Für Verteidiger*innen von Menschenrechten auf dem Land, Umweltaktivist*innen und Journalist*innen war 2023 in Honduras sogar ein besonders schwieriges und für mindestens 17 von ihnen tödliches Jahr.

Nicaragua

Im vergangenen Jahr hielt die Repression durch die nicaraguanische Regierung unvermindert an, wobei die katholische Kirche das Hauptziel war. Neu war, dass Kritiker*innen ausgewiesen werden und ihnen die

Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Gleichzeitig leisteten die Migrant*innen, die in den letzten Jahren in großer Zahl das Land verlassen haben, einen entscheidenden Beitrag für die nicaraguanische Wirtschaft. Ihre Rücküberweisungen übersteigen inzwischen die Exporterlöse Nicaraguas. Die Regierung hofft indes in der Außenwirtschaft, die unvermindert auf die USA ausgerichtet ist, auf die Ausweitung des Handels mit der Volksrepublik China, mit der sie im August 2023 ein Freihandelsabkommen unterzeichnete.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros

2023 weiten wir erneut unseren Blick auch auf Brasilien, insbesondere die Situation indigener Gemeinschaften. Wir entwickelten neue Angebote für Schulen, von denen wir zwei zu den Themen „Drogen“ und „Klimakrise“ wir in diesem Jahresbericht vorstellen. Überdies prägten drei große Speakerstours, Rundreisen mit Gäst*innen aus Lateinamerika, unsere Arbeit: Zu unserem Jahresschwerpunkt „Gewaltsames Verschwindenlassen“ zu Mexiko und, thematisch verwandt, zu den Kämpfen der Mütter von ermordeten Jugendlichen, die im bewaffneten Konflikt Kolumbiens als Guerillakämpfer ausgegeben wurden. Die dritte Reise befasste sich mit einem Thema, das weltweit demokratiezerstörendes Potential hat – den unternehmensgeführten Privatstädten in Honduras.

Wir freuen uns, dass unser dezimiertes Hauptamtlichen-Team 2023 tatkräftige Unterstützung in Form von Minijobs (bisweilen mit Maxi-Arbeit) erhielt, zu El Salvador durch Antonia Rodríguez Sánchez, zu Brasilien und Schulaktivitäten durch Biancka Arruda Miranda, zu Social Media durch Maya von Ahnen und Sophia Garbin.

Zwei weiteren Personen möchten wir diesmal besonders danken: Eberhard Albrecht für seine jahrelange, nun beendete, Vorstandstätigkeit und seine fortgesetzte, unentbehrliche Arbeit an Website und Jahresbericht sowie Anna Bischoff für die Unterstützung von León und Jeyma. Außerdem danken wir allen anderen, die sich 2023 aktiv für das Ökubüro engagiert haben sowie unseren Kooperationspartner*innen und den oftmals über viele Jahre treuen Spender*innen. Ebenso den Institutionen, auf deren Unterstützung wir 2023 zählen konnten, allen voran dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München für die institutionelle Förderung sowie Engagement Global, dem Katholischen Fonds, Brot für die Welt, der Missionszentrale der Franziskaner und der Käsemann Stiftung.



Das Ökubüro-Team mit dem Stipendiaten der Elisabeth-Selberth-Initiative (ESI) León Avila und Jeyma Miller (Bildmitte) vor dem Büro in München-Haidhausen.

Länderbericht

Die Mitte-Links-Regierung der Partei Libre von Xiomara Castro war Ende Januar 2022 angetreten, um die Strukturen des seit dem Putsch 2009 errichteten korrupten Narcostaates zu demontieren und Grundlagen für eine Neugründung von Honduras zu schaffen. Zur Mitte ihrer Amtszeit Ende 2023 fällt die Bilanz nach Auffassung der meisten Analyst*innen allenfalls gemischt aus.⁽¹⁾ Für Verteidiger*innen von Menschenrechten auf dem Land, Umweltaktivist*innen und Journalist*innen war 2023 in Honduras sogar ein besonders schwieriges und für mindestens 17 von ihnen tödliches Jahr.



Nach einer Sitzung des Nationalrates für Verteidigung und Sicherheit kündigte Präsidentin Castro Anfang Juni 2023 die Schaffung einer Kommission für Sicherheit im Agrarsektor und Zugang zu Land an. Resultat waren im Laufe des Jahres mehr Räumungen zugunsten von Agrarunternehmen und Großgrundbesitzenden.

Neben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China hob Castro in mehreren Reden zu Beginn des Jahres 2024 vor allem innenpolitische Erfolge ihrer bisherigen Amtszeit hervor,⁽²⁾ darunter die Auflösung privater Treuhandgesellschaften, die Milliarden an öffentlichen Geldern verwaltet hatten, den Wiederaufbau der ausgeplünderten staatlichen Energiegesellschaft, staatliche Investitionen und Transferleistungen etwa in Landwirtschaft, Infrastruktur und Armutsbekämpfung.⁽³⁾

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Angaben der Regierung waren im Jahr 2021 73,6 Prozent der honduranischen Bevölkerung arm. 2023 sei es gelungen, diese Rate um fast 10 Prozent auf 64,1 Prozent zu senken. Die extreme Armut sei von

53,7 Prozent im Jahr 2021 auf 41,5 Prozent im Jahr 2023 gesunken und die Ungleichheit im Land sei deutlich reduziert worden.⁽⁴⁾

Im April 2023 legte die Regierung ein Projekt für eine große Steuerreform vor. Die enormen Steuerermäßigungen für große Unternehmen, die zwischen 2009 und 2021 per Dekret erlassen worden waren, sollten in Zukunft wegfallen und Steuerschlupflöcher geschlossen werden.⁽⁵⁾ Doch das Projekt kam das Jahr über nicht voran, eine Generaldebatte im Kongress war nicht möglich. Der 2023 gebildete Oppositionsblock BOC, dem auch der ehemalige LIBRE-Koalitionspartner PSH (Partido Salvador de Honduras) angehört, verhinderte mit seiner Mehrheit und schließlich einer kompletten Blockade zunehmend wichtige Entscheidungen im Parlament, darunter auch die endgültige Abschaffung der Sonderzonen für Beschäftigung und Entwicklung (ZEDE).

Allgemeine Mordrate sinkt, mehr Femizide

Zum positiven Saldo ihrer Regierungsbilanz 2023 rechnete Xiomara Castro den Rückgang der allgemeinen Mordrate im Jahr 2023 um gut zehn Prozent auf 31 Fälle pro 100.000 Einwohner*innen. Allerdings folgt dieser Rückgang einem Trend, der seit 2013 anhält. Damals lag die Mordrate bei über 77 pro 100.000. Seither ist sie kontinuierlich gesunken. Analyst*innen, die zum Beispiel ein Stadtviertel der Wirtschaftsmetropole San Pedro Sula untersuchten, vermuten, dass dies vor allem mit Abkommen verschiedener Banden untereinander zusammen hängt.⁽⁶⁾

Die Tötungsdelikte gegen Frauen folgten dem Trend nicht, im Gegenteil: Mindestens 380 Frauen verloren in Honduras im Jahr 2023 ihr Leben durch Gewalt. Die Rate der Femizide stieg damit um fast ein Viertel im Vergleich zu 2022. Mit Ausnahme der Legalisierung der PAE („Pille danach“) war auch der von Xiomara Castro versprochene Kampf für Frauen-Rechte auf der Agenda der Regierung 2023 kaum präsent.

Situation der LGBTIQ*-Community

Die Datenbank der Organisation *Red Lésbica Catrachas* verzeichnet für 2023 50 Morde an Lesben, Schwulen und Transgender und einen Fall von gewaltsamem Verschwindenlassen einer trans Frau.⁽⁷⁾ Die Maßnahmen, die der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte im bahnbrechenden Urteil „Vicky Hernández“ 2021 angeordnet hatte (darunter die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität von trans* Personen und Verfahrensrichtlinien für die Strafverfolgung von Hassverbrechen) wurden auch 2023 nicht umgesetzt.



Räumung zugunsten der Zuckerindustrie: Im Departement Yoro wurden im August 2023 etwa 700 Familien vertrieben und 350 Hektar Mais vernichtet.

Strukturelle Herausforderungen

Neben der legislativen Krise stellten vier strukturelle Problembereiche Staat und Regierung auch 2023 vor enorme Herausforderungen, so der honduranische Thinktank Cespad: Autoritarismus und Militarisierung, die Privatisierung der Gemeingüter, das extraktivistische Wirtschaftsmodell sowie Korruption und Straflosigkeit.⁽⁸⁾

Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit gab es 2023 erste Erfolge, die sich allerdings noch in der Praxis bewähren müssen. Dazu gehörte die Neuwahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofs. Erstmals wurden Leistung und Kompetenz der Kandidat*innen in einem einigermaßen transparenten Prozedere berücksichtigt. Ein wichtiger Schritt war auch die Wahl eines neuen Interims-Generalstaatsanwaltes und seines Stellvertreters.⁽⁹⁾ Der frühere Generalstaatsanwalt Oscar Chinchilla scheint seit dem Tag seiner Amtsenthebung untergetaucht zu sein.

Zudem wurden einige Gesetze des so genannten "Paktes für Straflosigkeit" aufgehoben, die unter anderem die Strafverfolgung von Korruption behinderten. Im Alltag der Honduraner*innen hat dies offensichtlich noch keine Auswirkungen, nicht zuletzt weil der Staatsanwaltschaft weiterhin Mittel, Personal und Ausstattung fehlen. Die Verhandlungen mit den Vereinten Nationen für eine Internationale Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit, eine der Hauptforderungen der Zivilgesellschaft seit 2015, kamen nur schleppend voran. Nun wird die Zeit für die Vorbereitung und Einsetzung der Kommission bis zu den Wahlen im November 2025 sehr knapp.

Militarisierung und Ausnahmezustand

Schwerwiegende Defizite wurden der Regierung Castro 2023 vor allem in den Bereichen Sicherheit und Menschenrechte attestiert. Die an-

gekündigte Entmilitarisierung hat weder auf den Straßen noch institutionell stattgefunden. Die Militärpolizei besteht weiter. Nach einem Gefängnismassaker, dem im Juni 2023 46 Frauen zum Opfer fielen, übergab die Präsidentin die Kontrolle der Haftanstalten erneut dem Militär. Das Internetmedium Reporteros de Investigación fand Indizien für einen erzwungenen "Pakt mit der in der Armee fest verwurzelten Drogenmafia" ⁽¹⁰⁾.



Nach dem Massaker im Frauengefängnis präsentierte das honduranische Verteidigungsministerium zahlreiche in Haftanstalten eingesammelte Waffen.

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte in Honduras äußerte sich besorgt über die wiederholte Anwendung des seit Dezember 2022 für verschiedene Regionen verhängten und 2023 auf das ganze Land ausgeweiteten Ausnahmezustandes ohne eine umfassende menschenrechtsbasierte Politik der öffentlichen Sicherheit.⁽¹¹⁾

Eine Kopie des Modells Bukele?

Nach Besuchen von Xiomara Castros Ehemann Mel Zelaya (offiziell nur Berater der Präsidentin) und ihrem Sohn und Privatsekretär Hector Zelaya in El Salvador berichteten die Medien beider Länder viel von einer möglichen Kopie des „punitiven Populismus“ nach dem Vorbild des autokratischen Präsidenten Nayib Bukele. In Honduras wurden während des Ausnahmezustandes zahlreiche Menschen wegen vermeintlicher Tätigkeit für die Banden MS13 oder Barrio 18 für kurze Zeit verhaftet und gegen Geldzahlungen mangels Beweisen wieder freigelassen. Der Ausnahmezustand habe sich in ein Geschäftsmodell verwandelt, befand die regierungskritische honduranische Journalistin

Jennifer Ávila.⁽¹²⁾

Auswirkungen auf die meist mit Todesdrohungen verbundenen Schutzgelderpressungen hatten die Maßnahmen des Ausnahmezustandes offenbar nicht. Die Anzeigen wegen Erpressung nahmen 2023 zwar stark ab, Expert*innen führen dies aber nicht auf eine geringere Fallzahl, sondern auf das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz zurück. Die Menschen machten die Erfahrung, dass nicht die Hintermänner, sondern nur die Handlanger festgenommen würden und „für jeden Kassierer zwei neue nachkommen“⁽¹³⁾.

Für 2024 kündigte die Regierung den Bau eines Hochsicherheitsgefängnisses für das Führungspersonal der Banden auf einer der entlegenen Schwaneninseln (Islas del Cisne) in der Karibik an. Die Baukosten werden wegen der schwierigen Logistik auf umgerechnet 800 Millionen US-Dollar geschätzt. Umweltschutzorganisationen befürchten irreparable Schäden an der einzigartigen Flora und Fauna auf der Insel.⁽¹⁴⁾

Kritische Menschenrechtssituation

Honduras blieb auch 2023 eines der weltweit gefährlichsten Länder für Menschenrechtsverteidiger*innen. Ein Großteil der attackierten und fast alle getöteten Aktivist*innen waren Umweltschützer*innen und Verteidiger*innen von Territorien und Landrechten.⁽¹⁵⁾ Das UN-Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Honduras dokumentierte 15 Morde an Menschenrechtsverteidiger*innen und zwei an Journalist*innen. Von diesen 17 Todesopfern waren 13 an der Vertei-



Trauerzug für die ermordeten Umweltschützer Aly Dominguez und Jairo Bonilla aus Guapinol im Januar 2023. Im Juni wurde Oqueli Dominguez im Haus seiner Mutter erschossen. Nahezu die ganze Familie musste ins Ausland fliehen.

digung von Land, Territorien und Umwelt beteiligt. 2023 war das Jahr mit der zweithöchsten Anzahl von Morden an Menschenrechtsverteidiger*innen in Honduras seit dem Beginn der Arbeit des Hochkommissariats im Jahr 2015.⁽¹⁶⁾

Besonders in Regionen, die von Mafias im Verbund mit Politiker*innen und Unternehmer*innen dominiert werden, etwa das von großen Ölpalmplantagen geprägte Aguán-Tal oder an der Karibikküste, verbesserte sich die Menschenrechtslage nicht und die Straflosigkeit hielt an. Von der angekündigten Neuordnung des Agrarsektors zugunsten von Kleinbäuer*innen⁽¹⁷⁾ war 2023 noch ebenso wenig zu sehen, wie von einer Lösung des Konfliktes um die Eisenerztagebaue im Nationalpark oberhalb der Gemeinde Guapinol. Auch die bereits 2015 vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verfügte Rückgabe von Gemeindeland an Garífuna-Gemeinden fand nicht statt.

Emissionshandel ohne Konsultation

Sorgen machte besonders indigenen und Garífuna-Organisationen auch ein 2023 verabschiedetes Sondergesetz „für Klimagerechtigkeit“, mit dem Honduras in den weltweiten CO₂-Emissionshandel einsteigen



Garífuna von der Karibikküste wehren sich gegen den Verlust von Mangrovenwäldern, die unter anderem die Auswirkungen der Klimakrise abmildern und Kohlendioxid speichern. Für den Plan, diese Speicherleistung zu Geld zu machen und dem Globalen Norden weitere Verschmutzung zu ermöglichen, wurden sie nicht konsultiert.

und seine klamme Staatskasse aufbessern will. Die betroffenen Gemeinden, in denen große Wald- und Mangrovegebiete liegen, wurden gar nicht⁽¹⁸⁾ oder unter höchst umstrittenen Umständen⁽¹⁹⁾ konsultiert, obwohl der honduranische Staat durch die Konvention 169 der Weltarbeitsorganisation dazu verpflichtet ist.⁽²⁰⁾

Auch die Arbeit des Menschenrechtsministeriums und die Ineffizienz des Schutzmechanismus für Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen standen 2023 wie schon 2022 in der Kritik und konnten sich weder personell noch strukturell konsolidieren.⁽²¹⁾

Dieser Text ist die erweiterte und ergänzte Fassung eines Artikels für die Online-Plattform amerika21.

- (1) <https://criterio.hn/xiomara-castro-dos-anos-de-promesas-cumplidas-incumplidas-y-a-medias/>
- (2) <https://www.youtube.com/watch?v=0Yo3TfkHqVc>
- (3) <https://nuevanicaraguaymas.blogspot.com/2024/01/dos-anos-de-xiomara.html>
- (4) https://oacnudh.hn/wp-content/uploads/2024/03/Informe-OACNUDH-2023_19.03.2024.pdf Die Weltbank spricht bei einem Tageseinkommen von weniger als 2,25 US_Dollar von extremer Armut.
- (5) <https://www.nodal.am/2023/02/honduras-xiomara-castro-anuncia-una-reforma-tributaria-al-cumplir-un-ano-de-gobierno/>
- (6) <https://contracorriente.red/2024/01/30/informes-de-los-poderes-del-estado-opacidad-y-mas-promesas-que-logros/>
- (7) <https://www.catrachas.org/sistemas?lightbox=dataItem-lt7bvxi0>
- (8) <https://cespad.org.hn/que-tanto-ha-avanzado-el-gobierno-de-la-refundacion-en-desmontar-la-terrible-herencia-de-juan-orlando-hernandez/>
- (9) <https://contracorriente.red/2024/01/30/informes-de-los-poderes-del-estado-opacidad-y-mas-promesas-que-logros/>
- (10) <https://reporterosdeinvestigacion.com/2023/12/11/los-narcomilitares-nunca-fueron-de-honduras-elias-melgar-un-complot-y-el-ascenso-de-los-militares-en-el-gobierno-de-xiomara-castro/>
- (11) <https://www.hrw.org/es/world-report/2024/country-chapters/honduras>
- (12) <https://especiales.elfaro.net/es/democracia/materiales/27117/Bukelismo-a-la-hondure%C3%B1a.htm>
- (13) <https://criterio.hn/2023-un-ano-de-estado-de-excepcion-en-honduras-con-es-casas-denuncias-por-extorsion/>
- (14) <https://www.bnamericas.com/es/noticias/honduras-insiste-con-proyecto-de-prision-en-el-mar>
- (15) <https://criterio.hn/garantia-de-los-derechos-humanos-en-honduras-una-ilusion-sembrada-por-xiomara-castro/>
- (16) https://oacnudh.hn/wp-content/uploads/2024/03/Informe-OACNUDH-2023_19.03.2024.pdf
- (17) <https://amerika21.de/2023/06/264516/honduras-agrarreform-repression>
- (18) https://ofraneh.wordpress.com/2023/07/31/la-aprobacion-de-la-ley-de-carbono-colonialismo-y-la-falta-de-consulta-a-los-pueblos-indigenas-en-honduras/?fbclid=IwAR1Ew4vtL0cpwVsBelNAM-oB5G00iGvYpuhUwkzj3pJiuQ6_-2IUL-50_54
- (19) <https://contracorriente.red/2024/04/03/el-inconsulta-proyecto-de-carbono-en-los-manglares-de-la-moskitia-hondurena/>
- (20) <https://criterio.hn/venta-de-creditos-de-carbono-en-honduras-se-mantiene-en-mora-y-opacidad/>
- (21) <https://www.ohchr.org/es/press-releases/2023/10/honduras-national-protection-mechanism-must-address-violence-smear-campaign>

Aktivitäten zu Honduras

Honduras, ein Jahr nach dem Regierungswechsel: Eine Zwischenbilanz

Das Jahr 2023 war geprägt von Desillusionierung über die Möglichkeiten der Regierung Castro, die Strukturen des korrupten Narco-Staates Honduras aus den Angeln zu heben, und einer weiterhin sehr kritischen Lage für Menschenrechtsverteidiger*innen. Wir beleuchteten diese komplexe Situation im Mai gemeinsam mit der BundesKoordinations Internationalismus (BuKo) in einer Online-Diskussion mit Referent*innen zweier indigener Basisorganisationen, denen wir seit langem eng verbunden sind: Bertha Zúniga (Kordinatorin des Zivilgesellschaftlichen Rates der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras, COPINH) und Dr. Dr. Ronny Castillo von der Schwarzen Geschwisterlichen Organisation von Honduras (OFRANEH), die Garífuna-Gemeinden an der Nordküste von Honduras organisiert.

Causa Berta Cáceres



„Berta fehlt uns sehr, ihre Fröhlichkeit, ihre Kraft. Trotzdem spüren wir ihre Gegenwart stärker denn je.“ Gustavo Castro von der NGO Otros Mundos aus Chiapas überlebte verletzt die Nacht des Attentats auf Berta Cáceres.

Trotz einiger Reformen und Neubesetzungen des Obersten Gerichtshofs und an der Spitze der Staatsanwaltschaft mahnten die Mühlen der Justiz in Honduras auch 2023 sehr langsam oder gar nicht. Während die Gerichtsurteile gegen die unmittelbaren Täter in der emblematischen

tischen Causa Berta Cáceres immer noch keinen festen Bestand hatten, gab es gegen Jahresende einen kleinen Fortschritt in Bezug auf die mutmaßlichen Auftraggeber des Mordes an der Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin. Berta war wegen ihres Engagements gegen das von europäischen Entwicklungsbanken finanzierte Wasserkraftwerk Agua Zarca in der Nacht vom 2. auf den 3. März 2016 in ihrem Haus von Auftragsmördern erschossen worden. Am 1. Dezember 2023 erließ die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen den ehemalige Finanzchef des Wasserkraft-Unternehmens Desa (Desarrollos Energéticos), Daniel Atala Midence, wegen seiner mutmaßlichen Verwicklung in den Mordfall: Wir berichteten darüber:

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/mord-an-berta-caceres-haftbefehl-gegen-maechtigen-unternehmer.html>. Atala Midence ist flüchtig und zur Fahndung ausgeschrieben.

Städte ohne Staat – und ohne Demokratie: Veranstaltung und Speakerstour zu den ZEDE

Honduras ist der erste Staat weltweit, der von Unternehmer*innen geführte Privatstädte als Enklaven auf dem eigenen Staatsgebiet zuließ. Im Jahr 2013 erließ die Regierung unter Ex-Präsident Juan Orlando



Venessa Cárdenas und Christopher Castillo auf dem Weg von Leipzig nach Döbeln zum Austausch über den Widerstand gegen die ZEDE. In Sachsen planen Anhänger:innen der Privatstadtidée ein genossenschaftliches Projekt.

Hernandez das Gesetz über die „Sonderzonen für Beschäftigung und Entwicklung“ (ZEDE). Ab 2019 wurden in Honduras tatsächlich erste ZEDE umgesetzt, zuerst *Próspera* auf der Karibikinsel Roatán, dann *Morazán City* in der Nähe von San Pedro Sula und *Orquídea* im Süden des Landes. Hinter dem Konzept der von Unternehmen regierten Enklaven stehen internationale marktradikale („libertäre“) Netzwerke, die Demokratie und Sozialstaat in weiten Teilen ablehnen. Deshalb verstehen wir unsere Arbeit zu den ZEDE seit 2012, als in Honduras erste Proteste gegen die Planungen aufkamen, immer auch als Verteidigung demokratischer Grundwerte und Regeln weltweit.

Die ZEDE in Honduras durften sich ihre eigenen Gesetze geben, eigene Gerichte und Sicherheitsdienste einsetzen und – wie es *Próspera* vormacht – eine eigene Citizenship vergeben. Soziale Bewegungen hatten sich von Anbeginn gegen die Pläne gestellt, Land an unternehmensgeführte Privatstädte abzutreten, sie fürchten auch die Vertreibung insbesondere indigener Gemeinden und armer Bevölkerungsschichten. Mit dem Bekanntwerden der ersten realen Projekte wuchs eine breite Protestbewegung gegen die ZEDE in Honduras und so gehörte die Rückabwicklung der Privatstädte zu den wichtigsten Vorhaben der Regierung Castro. Doch obwohl das Gesetz über die ZEDEs im April 2022 vom Parlament annulliert wurde, treibt vor allem *Próspera* weiter seine Projekte voran; auf Roatán werden trotz fehlender Umweltgenehmigung Hochhäuser errichtet. Dort war Ende 2023 eine sogenannte „Pop up“-City namens *Vitalia*, als temporäres Zentrum für anderswo nicht erlaubte gentechnische Experimente an Menschen in Vorbereitung. Im Dezember 2022 hatten die Betreiberfirmen von *Próspera* eine Milliardenklage gegen Honduras vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten mit Sitz in Washington DC eingereicht.



Christopher und die Milpa (die Mais- und Bohnenpflanzung) des Allerwelthauses in Köln

2023 organisierten wir erneut zahlreiche Aktivitäten zu den ZEDE. Den Auftakt machte eine mit 86 Besucher*innen außerordentlich gut besuchte Veranstaltung zur Lateinamerika-Woche in Nürnberg. Christopher Castillo, Koordinator der Umwelt- und Gemeindebewegung ARCAH referierte und diskutierte online am 24. Januar zum Thema „Privatstädte – Kein Modell für die Zukunft!“ mit dem Publikum.

Im Oktober beobachteten wir den „Liberty in Our Lifetime“-Kongress der Free Cities Foundation und trafen letzte Vorbereitungen für unsere deutschlandweite Speakerstour „Städte ohne Staat – und ohne Demokratie“. Anfang November war es soweit und wir begrüßten Christopher Castillo und die stellvertretende Vorsitzende des indigenen Gemeinderates von Crawfish Rock auf der Insel Roatán, Venessa Cárdenas Woods in München. Unsere gemeinsame Tour führte durch sieben Städte: München, Halle/S., Leipzig, Döbeln, Rostock, Berlin und Köln.

Das Programm gestaltete sich dicht gedrängt mit Abend- bzw. Nachmittagsveranstaltungen, sechs Medien- und sieben Fachgesprächen, sowie einer Schuldoppelstunde. Kooperationspartner*innen waren u.a. das Konzeptwerk Neue Ökonomie, Treibhaus e.V. Soziokultur in Döbeln, der Politische Donnerstag im Peter-Weiss-Haus Rostock, fdcl und Cadeho in Berlin, die Zeitschrift ILA, der Dachverband kritische Aktionär*innen und das AllerWeltshaus in Köln.



Venessa Cárdenas berichtete, wie sich das traditionell geprägte Leben in Crawfish Rock seit der Ankunft der Privatstadt Prospéra in der unmittelbaren Nachbarschaft verändert hat.

In einem ganztägigen Seminar mit zwei zusätzlichen Referent:innen: Thomas Fritz (Powershift) zum Thema Internationale Schiedsgerichte und der US-amerikanischen Anthropologin Beth Gaglia, loteten wir die Probleme der aktuellen Regierung aus, die ZEDEs wieder loszuwerden, erfuhren, welche juristischen Fallstricke mit dem Verfassungsrang der ZEDE verbunden sind und diskutierten über Strategien des 2023 wiederauflebenden Widerstands sozialer Bewegungen gegen die ZEDE. Außerdem sahen wir uns das System der internationalen Schiedsgerichte und der Klagen von Investor*innen gegen Staaten genauer an und diskutieren über Lösungsstrategien und Unterstützungsmöglichkeiten für die betroffenen Gemeinden in Honduras.

Die vielfältigen Erkenntnisse und Ergebnisse der Rundreise (zur komplexen politischen und juristischen Situation, zum Verfahren vor einem Schiedsgericht der Weltbank, zu den konkreten Problemen und Vorstellungen der Bewohner*innen einer Gemeinde englischsprachiger Schwarzer Inselkarib*innen, zu notwendigen Recherchen in Bezug auf Vorhaben und Investor:innen der Unternehmen, die die ZEDE konstituierten, zu internationalen anti-demokratischen, libertär kapitalistischen Netzwerken und zur prekären Sicherheitssituation von Menschenrechtsverteidiger*innen in Honduras) gehen in unsere weitere Arbeit ein. Der lokale und landesweite Widerstand, der sich aus der Kraft von Communities und sozialen Bewegungen speist, geht große Risiken ein und sollte von Regierungen und Zivilgesellschaft hierzulande

intensiv begleitet werden.

Dies zeigte sich auch in Gesprächen während der Speakerstour im Auswärtigen Amt und mit Bundestagsabgeordneten bzw. deren Mitarbeiter*innen. Dort war die prekäre Sicherheitsituation von Menschenrechtsverteidiger*innen eines der Hauptthemen. Wenige Wochen nach ihrer Rückkehr wurde Venessa Cárdenas von einer ehemaligen Angestellten von *Próspera* am 8. Dezember 2023



MdB Max Lucks mit Christopher Castillo und Venessa Cardenas

angegriffen und verletzt. Die Abgeordneten hielten ihr Versprechen und forderten in einem Offenen Brief an die honduranische Regierung wirksamen Schutz. <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/deutsche-abgeordnete-fordern-schutz-fuer-honduranische-aktivist-innen.html>

Auch 2024 wurde uns nichts von einer Reaktion der honduranischen Regierung oder staatlicher Stellen bekannt. ARCAH beklagte, dass Maßnahmen, zu denen die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte den honduranischen Staat verpflichtet hat, nicht umgesetzt und den Mitgliedern der Organisation sogar die minimalen bestehenden Maßnahmen entzogen wurden.

Garífuna & Gewaltames Verschwindenlassen

Die Situation der von Auslöschung bedrohten afroindigenen Garífuna-Gemeinden im Norden von Honduras beschäftigte uns auch 2023.

Zwei Episoden unseres Podcasts „Gibt es Elefanten in Abya Yala?“ <https://www.oeku-buero.de/veroeffentlichungen/podcast.html> erzählten, jeweils in einer deutschen und einer spanischen Fassung, über die Gemeinde Triunfo de la Cruz, die sich gegen Landraub durch Tourismusunternehmen, Palmölplantagen und Drogenkartelle zur Wehr setzt. Ein Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte hatte bereits 2015 den Garífuna ihr Gemeindeland zugesprochen, die Restitution der Grundstücke durch den Staat kam aber auch 2023 keinen Zentimeter voran. Stattdessen ging die Repression weiter: Zwei Landverteidiger aus Triunfo de la Cruz wurden 2023 an der gleichen Stelle tot aufgefunden: Arnául Montero und Martín Morales. Wir berichteten über die Hintergründe des zweiten mutmaßlichen Mordes.

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-aufklaerung-nach-gewaltsamen-tod-eines-landverteidigers-gefordert.html>

„An unserer Wand bis zu ihrer Rückkehr“

Am 30. August, dem Internationalen Tag der Opfer des Verschwindenlassens, malten wir gemeinsam mit Mitgliedern des Kollektivs CA-DEHO, unterstützt von der Berliner Galerie Neurotitan und der Koalition gegen Verschwindenlassen, vier Porträts an die große Wand der Verschwundenen in Berlin-Mitte (Haus Schwarzenberg Rosenthaler



Vier Garifuna aus Triunfo de la Cruz – seit 2023 auf dem großen Wandbild mit gewaltsam Verschwundenen aus aller Welt (Haus Schwarzenberg, Berlin-Mitte)

Straße 39): Wir erinnerten auch mit Informationstafeln und einer Postkarte, an Sneider Centeno, Miltón Martínez, Suami Mejía und Gerardo Tróchez, die am frühen Morgen des 17. Juli 2020 von Schwebewaffneten in Polizeiwesten mit mutmaßlichen Polizeifahrzeugen verschleppt wurden. Der honduranische Staat leugnet seither seine Zuständigkeit für die Suche und von den vier fehlt jegliche Spur. Die Aktion war Teil unseres seit 2023 verstärkten Engagements in der Koalition gegen Verschwindenlassen. Ein Video ist auf der Website der Koalition zu sehen: <https://gewaltsames-verschwindenlassen.de/feature/honduras-wo-sind-die-verschwundenen>

Angriff auf Miriam Miranda in Vallecito

In den frühen Morgenstunden des 19. September 2023 drangen mindestens vier unbekannte und schwer bewaffnete Männer in die Ga-

rifuna-Gemeinde Vallecito ein, die wir 2022 besucht hatten, und umstellten das Haus von Miriam Miranda, der Koordinatorin von OFRANEH. Wir schlossen uns dem internationalen Aufschrei der Besorgnis an und forderten die zuständigen staatlichen Institutionen auf, unverzüglich für einen angemessenen, wirksamen und mit den Garífuna abgestimmten Schutz von Miriam Miranda und den durch Landraub und fortgesetzten Terror bedrohten Garífuna-Gemeinden in Honduras zu sorgen. <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-angriff-und-drohungen-gegen-das-leben-von-miriam-miranda-menschenrechtsverteidigerin-der-garifuna-und-koordinatorin-von-ofraneh.html>

Morde an Umweltschützern in Guapinol

In dem Ort Guapinol am Eingang des Aguán-Tals wehren sich Einwohner:innen seit Jahren gegen Eisenerztagebaue in einem Trinkwasserinzugsgebiet im Nationalpark oberhalb der Gemeinde. Später kamen noch eine Pelletierfabrik neben der Gemeinde und ein Wasserkraftprojekt hinzu.

Der Vertreter des Wasserkomitees von Guapinol und Umweltaktivist Reynaldo Domínguez wies im Dezember 2022 bei einer Speakerstour in Europa, die ihn auch nach Berlin führte, wo wir ihn begleiteten, ausdrücklich auf die Lebensgefahr für die Familienangehörigen und die weniger bekannten Mitglieder des Widerstandes gegen die Projekte des Unternehmerehepaars Lenir Pérez und Ana Facussé hin. 2019 und 2020 waren bereits drei Umweltaktivisten aus Guapinol erschossen worden. Die Taten blieben straflos. Am 7. Januar 2023 wurden Reynaldos Bruder Aly und dessen Kollege Jairo Bonilla erschossen.

Fragen an die Bundesregierung

Eigentümer von *Inversiones Los Pinares* <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/erneuter-mord-mit-bezuegen-zu-einer-eisenerzmine-in-honduras.htm> und Ecotek ist das honduranische Unternehmerpaar Lenir Pérez und Ana Facussé. Im April 2023 sorgte die Durchsuchung ihres Anwesens in Florida, USA durch das FBI für Schlagzeilen. Nach Aussagen seines Anwalts wurde Pérez als Präsident der Unternehmensgruppe EMCO Holding im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen den US-Stahlkonzern Nucor befragt, der jahrelang mit *Inversiones Los Pinares* zusammengearbeitet hatte. Pérez ist auch Geschäftspartner einer Tochtergesellschaft der Flughafen München GmbH. Soweit wir wissen, laufen gegen Pérez Ermittlungen und er darf die USA nicht verlassen.



MdB Kathrin Vogler mit Esly Banegas aus dem Bajo Aguán in Honduras. Esly gehört auch dem Comité der Verteidigung der Gemeingüter aus Tocoa an, das Flüsse Guapinol und San Pedro verteidigt.

dem Mordmotiv her. Bei der Ermordung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und angesichts der hohen Straflosigkeit in Honduras liege allerdings in diesen Fällen „regelmäßig der Verdacht nahe, dass zwischen ihrer Arbeit und der Ermordung ein Zusammenhang besteht“. 1

Im Juni 2023 drangen Bewaffnete in das Haus der Familie Dominguez ein, töteten Reynaldos jüngeren Bruder Oquelí und verletzten seine Mutter. Reynaldo und zwei Dutzend weitere Familienmitglieder mussten das Land verlassen. Ihr Aufenthaltsort wird streng geheim gehalten nachdem sie auch im Exil bedroht worden sind. Trotz der Lebensgefahr und permanenter Bedrohungen und Schikanen setzten sich die Gemeinden an den Flüssen Guapinol und Rio San Pedro das ganze Jahr über weiter für das Ende der Tagebau-Konzessionen ein und erreichten das Veto einer Bürger*innenversammlung gegen ein neues Energieprojekt auf dem Betriebsgelände der vorläufig stillgelegten Pelletieranlage, das mit hochgiftigem Koks arbeiten sollte. Wir beobachten die Situation weiter, informieren und versuchen den Widerstand aus der Ferne zu begleiten.

Die Bundesregierung, als zweitgrößte Anteilseignerin des Münchner Flughafens, antwortete am 24. Mai 2023 auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Kathrin Vogler und Kolleg*innen, die wir gemeinsam mit anderen Organisationen angeregt hatten: "Der Bundesregierung sind die öffentlich verfügbaren Informationen über Vorwürfe gegen Lenir Pérez bekannt. Erkenntnisse, dass Lenir Pérez im Zusammenhang mit diesen Vorwürfen rechtskräftig verurteilt worden wäre, liegen der Bundesregierung bislang nicht vor“. Ein Tweet des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte verurteilte die Ermordung der beiden Aktivisten, stelle allerdings keine direkte Verbindung zwischen ihrer Tätigkeit und

Landfragen, Palmöl und ein Mordkomplott

Am 6. Juni 2023 wurden alle Radio- und Fernsehsender in Honduras verpflichtet, sich zu einer sogenannten "cadena nacional" zusammenzuschalten. Begleitet von Mitgliedern des Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrates trat Präsidentin Xiomara Castro vor die Mikrofone. Sie verkündete einschneidende Maßnahmen im Agrarsektor: Eine Kommission, in der ausschließlich staatliche Institutionen vertreten sind, solle Rechtssicherheit für Agrarunternehmen und Zugangsmöglichkeiten zu Land für Kleinbauern und -bäuerinnen herstellen. Eigentumstitel für landwirtschaftliche Grundstücke sollten überprüft werden. Wir fragten: „Agrarreform oder Repression gegen Kleinbauern?“ <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/agrarreform-oder-repression-gegen-kleinbauern-in-honduras.html>. Leider bewahrheitete sich im Laufe des Jahres die Befürchtung, es werde Räumungen geben aber keinerlei Reformansätze.

Im September 2023 besuchte uns Eslly Banegas aus dem Bajo Aguán, einem fruchtbaren großen Fluß-Tal im Norden von Honduras. Sie leitet die *Coordinadora de Organizaciones Populares del Aguán* (COPA), einen Dachverband lokaler Basisorganisationen, darunter Gewerkschaften, kleinbäuerliche Organisationen, ehrenamtliche Gemeinderäte, Bürgerinitiativen, Wasserkomitees, ländliche Kreditgenossenschaften, Umwelt-, Jugend- und Frauengruppen. Wir begleiteten Eslly bei der Tagung des Runden Tisches Zentralamerika, die alle zwei Jahre stattfindet,



Eslly Banegas mit Mitgliedern des Netzwerks HondurasDelegation

und unterstützten die Moderation bei einer Round-Table-Diskussion zu Honduras, an der Eslly teilnahm. Wir sprachen mit der Vorsitzenden und Mitgliedern der deutsch-mittelamerikanischen Parlamentariergrup-

pe und hatten einen Termin im Auswärtigen Amtes und mit zwei Mitgliedern des Stadtrates in München.

Gemeinsam mit FIAN München zeigten wir im Zukunftssalon einen kurzen Film aus dem Aguán und diskutierten mit Esly über die aktuelle Situation und Möglichkeiten, zum Beispiel über das neue Lieferkettengesetz oder über das RSPO-Zertifizierungsverfahren Verbesserungen zu erreichen. Einige der Fragen sind in einem Interview, das wir mit Esly führten nachzulesen. <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/12-september-2023-la-palma-mortal-die-toedliche-palme.html>

Mord und Repression in den Lieferketten

Eslys Deutschlandreise stieß neue Initiativen zur Verfolgung bisher kaum beachteter Palmöllieferketten auch aus Honduras an, die wir in den kommenden Jahren weiterverfolgen möchten. Den Anfang machte 2023 die gemeinsame Arbeit mit dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (fdcl) an einem Bericht für eine Publikation der Initiative Romero: <https://www.ci-romero.de/produkt/report-im-schatten-der-oelpalme/>

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission berichtete nach einem Besuch im April 2023 von 'besorgniserregenden Informationen über die Zunahme von Gewalt und Kriminalisierung gegen bäuerliche Gemeinschaften, die Land, Territorium und die Umwelt im Bajo Aguán verteidigen'. Während des Besuchs seien Informationen über außergerichtliche Räumungen, Drohungen, Einschüchterung und Stigmatisierung von Mitgliedern von Kooperativen bekannt geworden. Im Juni 2023 äußerte sich der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für außergerichtliche Hinrichtungen, Morris Timball Binz, ähnlich. Er betonte seine Besorgnis über die Beteiligung von privaten Wachleuten und Vertretern privater Sicherheitsunternehmen an Angriffen, die straffrei bleiben.

**Karawane in Deutschland: "Narrative von unten:
Geschichten und Erinnerungen des Verschwindens in
Mexiko" mit den Kollektiven Voz de los
Desaparecidos en Puebla und Técnicas Rudas**



In Leipzig blieb ein Papierwandbild der mexikanischen Künstlerin Mary Lechuga von Técnicas Rudas als Erinnerung an die Karawane.

Länderbericht

Auch im Jahr 2023 war Kolumbien mit einer komplexen Menschenrechtssituation konfrontiert, insbesondere für ethnische Gemeinschaften in ländlichen Gebieten. Der Amtsantritt von Präsident Gustavo Petro weckte Hoffnungen auf deutliche Veränderungen für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen des Landes. Im vergangenen Jahr gab es jedoch politische und soziale Herausforderungen, die den Weg des Wandels erschwerten. Die Regierungsinstitutionen sahen sich mit dem Erbe früherer Verwaltungen oder mit einigen der derzeitigen regionalen und lokalen Machthaber*innen konfrontiert. Zudem gab es Kritik an der Regierung, beispielsweise für exzessive Ausgaben oder für die Vergabe von Aufträgen an enge Freunde der Präsidentenfamilie. Das Land hat aber trotzdem wichtige Fortschritte gemacht.

Anhaltende Korruption und Verbindungen zum Drogenhandel

Die politische und soziale Spaltung in Kolumbien bleibt weiterhin stark ausgeprägt, wobei konservative Sektoren und mächtige Wirtschaftsinteressen den Fortschritt der Regierungsgenda blockieren. Besonders kritisiert wird die verschlechterte wirtschaftliche Lage des Landes im Vergleich zu 2022, mit einem Wirtschaftswachstum von nur 0,6 %. Allerdings war das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in den



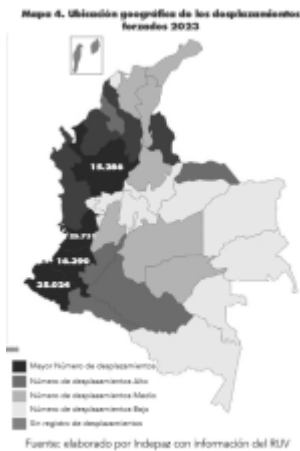
Medellín, das Epizentrum der Opposition gegen die derzeitige Regierung. Sowohl der neu ernannte Bürgermeister als auch der Gouverneur von Antioquia haben die Schaffung paralleler militärischer und staatlicher Strukturen gefördert. Wie auf dem Foto zu sehen ist, herrscht in der Stadt ein hohes Maß an Prekarität.

Jahren 2021 und 2022 nach negativen Werten im Jahr 2020 atypisch sehr hoch.⁽¹⁾ Die Einflussnahme von Lobbyisten und Unternehmern auf öffentliche Debatten nahm weiter zu. In Kolumbien gibt es keine Regelungen, die die Lobbyarbeit einschränken. Illegale Auftragsvergabe, politische Verbindungen zum Drogenhandel und sogar eine Kombination aus beiden Modellen sind mögliche Konsequenzen: Auch im Jahr 2023 finanzierten kriminelle Akteure wieder politische Kampagnen mit Hilfe von Unternehmen.⁽²⁾

Die Zunahme von Klagen transnationaler Unternehmen gegen den Staat stellte eine große Herausforderung für das Land dar. Insbesondere der hart erkämpfte Widerstand gegen Minenprojekte wurde dadurch erschwert.⁽³⁾ Außerdem kämpft die Regierung weiterhin um politische Reformen. So wurde der Gesetzentwurf zur Legalisierung von Cannabis bereits fünfmal in den Kongress eingebracht und leider immer wieder abgelehnt. Damit ist die Hoffnung auf eine Transformation des gescheiterten Drogenbekämpfungsmodells vorerst beendet.⁽⁴⁾

Ein Land, mehrere Staaten

In Kolumbien gibt es nach wie vor Gebiete, in denen der Staat keine Präsenz hat, wie etwa in den ländlichen Gebieten von Urabá und Córdoba, früher die Heimat ehemaliger paramilitärischer Gruppen. Heute ist dort der „Clan del Golfo“ zu Hause. Ebenso werden in der Amazo-



Orte, an denen es im Jahr 2023 die meisten Zwangsvertreibungen gab.



Orte, an denen Minderjährige im Jahr 2023 am stärksten in die Aktivitäten illegaler bewaffneter Gruppen verwickelt waren

nas-Region ländliche Gebiete von Ex-Farc-Gruppen kontrolliert.

Obwohl sich der Mangel an staatlicher Kontrolle verbessert hat, bleibt er eine Ursache für politische Gewalt im Land. Während in einigen Regionen ein Rückgang zu verzeichnen war, stieg die Gewalt im Vorfeld der Regionalwahlen im Oktober an. 16 Kandidaten und politische Aktivist*innen fielen diesen Gewaltakten zum Opfer. Es gab auch weiterhin gezielte Tötungen und Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Mitglieder der Gemeindeausschüsse⁽⁵⁾ in allen Landesteilen, wobei die Intensität der Konflikte mit der Nähe zur Küste zunahm.

Menschenrechtsverletzungen teilweise wie vor dem Friedensabkommen von 2016

Im Jahr 2023 blieben trotz einiger Fortschritte ernsthafte Bedenken über die Menschenrechte in Kolumbien bestehen. Afrokolumbianische, ländliche und indigene Gemeinschaften wurden weiterhin Opfer von gewaltsamer Vertreibung und Einschränkungen sowie von Gewalt und der Ermordung ihrer Anführer*innen, die ihre Gebiete gegen extraktive Projekte verteidigten. Medizinische und humanitäre Missionen wurden ebenfalls von illegalen bewaffneten Gruppen angegriffen.⁽⁶⁾ Es gab weiterhin Berichte über Massaker, einen Anstieg der Opfer von Landminen, Angriffe auf Militär- und Polizeibasen⁽⁷⁾ und Morde an ehemaligen FARC-Mitgliedern, die das Friedensabkommen unterzeichnet hatten. Die Kämpfe zwischen den illegalen Gruppen führten sogar zu grausamen Praktiken wie der Zerstückelung und dem „Eintüten“ von Leichen.⁽⁸⁾ Die Aktionen der bewaffneten Gruppen erschwerten die Pläne der Regierung für neue Friedensverhandlungen.⁽⁹⁾ Ein weiteres Problem war die Rekrutierung von Minderjährigen durch bewaffnete Gruppen, oft mit tragischen Folgen wie Selbstmorden von und Morden an jungen Menschen, die sich gegen den Einsatz von Waffen wehrten.⁽¹⁰⁾ Die fehlende Justiz und Straflosigkeit verschärfte die Menschenrechtsslage weiter. Es ist erwähnenswert, dass die Amtszeit des Generalstaatsanwalts der vorherigen Regierung Ende 2023 auslief. Er war einer der größten politischen Gegner der derzeitigen Regierung. Der neue Generalstaatsanwältin tritt sein Amt im März 2024 an.

Die anhaltende Konfliktsituation und Perspektivlosigkeit führten zu einem erneuten Anstieg der Migration, auch nach Deutschland. Vor diesem Hintergrund vereinbarten Kolumbien und Deutschland eine enge Zusammenarbeit in der Migrationspolitik, zum Beispiel, um die Abschiebung von nicht anerkannten Asylbewerber*innen zu beschleunigen.⁽¹¹⁾

Human Rights Watch (HRW), INDEPAZ, Insight Crime und Amnesty International haben weitere Details zu Menschenrechtsverletzungen in ihren Berichten von 2023 zusammengefasst.⁽¹²⁾

Umsetzung der Friedensverträge

Trotz des offiziellen Diskurses, dass das Friedensabkommen von 2016 im Zentrum der Politik für den „Paz Total“ (Totalen Frieden) steht, bestehen weiterhin Herausforderungen und Verzögerungen bei der Umsetzung. Dies wird von zivilgesellschaftlichen Akteuren kritisiert.⁽¹³⁾ Die Maßnahmen in den Bereichen ethnischer Ansatz, Gender und Landwirtschaft wiesen die größten Verzögerungen auf. Ebenfalls langsam sind die Fortschritte beim Opfergesetz von 2011, das im Jahr 2023 modifiziert wurde, um Opfern des Konflikts Reparationen und die Rückgabe von Land zu gewährleisten. Laut dem Bericht von HRW hatten bis August 2023 weniger als 15 Prozent der über 9 Millionen registrierten Opfer des bewaffneten Konflikts Entschädigungen erhalten.

Das Umweltparadox - Geschäfte, große Schäden

Infolge von Umweltschäden und der Auswirkungen des El Niño-Phänomens war die Wasserversorgung in Kolumbien im vergangenen Jahr sehr kritisch. Diese Krise wird voraussichtlich bis 2025 andauern.⁽¹⁴⁾ Die Wasserknappheit steht in direktem Zusammenhang mit anhaltenden Umweltverbrechen. Vor allem die Regionen Amazonas und Chocó sind davon durch illegalen Bergbau, illegale Abholzung und Drogenpro-

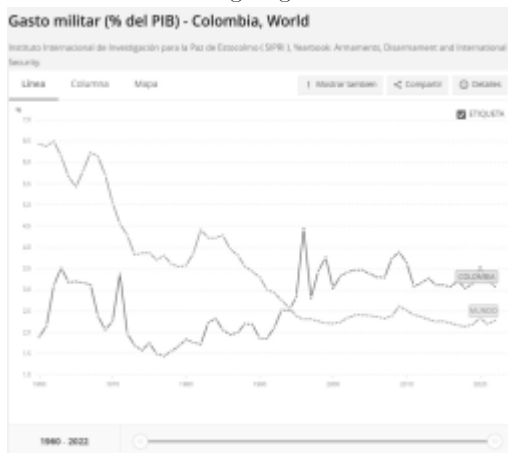


Das Foto wurde in der Mitte des Jahres an einem der größten Staudämme des Landes, El Peñol, aufgenommen. Der Stausee hatte bereits einen niedrigen Wasserstand. Die Situation Ende 2023 war kritisch

duktion betroffen. Hinzu kommen die industrielle Landwirtschaft, Viehzucht und Fischzucht. Andere Regionen wie La Guajira und El Cesar leiden weiterhin unter den Auswirkungen des Kohleabbaus.

Ein Novum in Kolumbien sind die Herausforderungen, die sich aus dem Geschäft mit Emissionszertifikaten ergeben. Europäische Länder und private Unternehmen, darunter auch deutsche, bezahlen den kolumbianischen Staat für die Erhaltung großer Waldgebiete. Allerdings gibt es in Kolumbien große Probleme bei der Umsetzung der Kohlenstoffzertifikate, vor allem in den indigenen Gemeinden: Der Kontakt zu den Betroffenen besteht oft nur auf dem Papier, da die vorherigen Konsultationen nach ILO 169 vor Ort nicht oder nicht ordnungsgemäß durchgeführt oder die Vereinbarungen nicht eingehalten werden.⁽¹⁵⁾

Kolumbien bleibt nach wie vor ein wichtiger Handelspartner für Deutschland, insbesondere durch die Lieferung von Steinkohle zur Stromerzeugung. Die Importe in den Jahren 2022 und 2023 waren mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2018.⁽¹⁶⁾ Zudem gibt es eine Vereinbarung zur Wasserstoffproduktion für den Export nach Deutschland im Rahmen einer „Energiepartnerschaft“⁽¹⁷⁾. Die Präsenz deutscher Unternehmen in Kolumbien nimmt zu, darunter auch die der Deutschen Bahn. Die DB beteiligt sich an der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs und hat Schlüsselpersonal von dem umstrittenen mexikanischen Projekt „Tren Maya“⁽¹⁸⁾ nach Kolumbien verlegt, wo sie bereits bedeutende Ausschreibungen gewonnen hat⁽¹⁹⁾. In diesem Zusammenhang sei



der kolumbianische Verteidigungshaushalt im Vergleich zum Weltdurchschnitt. Kolumbien gehört nach wie vor zu den Ländern mit den höchsten Militärausgaben weltweit.

daran erinnert, dass die derzeitige Regierung bereits das Projekt einer Zugverbindung zwischen dem Pazifik und dem Atlantik in Angriff genommen hat. Dieses hätte enorme Auswirkungen auf die Umwelt, da es durch den dichten Dschungel des Chocó, den letzten Küstenregenwald der Welt, führen würde.⁽²⁰⁾

Wahrheit, Friedenskonstruktion und Übergangsjustiz

Das Jahr 2023 markierte einen Wendepunkt in der nationalen Verteidigungspolitik Kolumbiens hin zu Frieden und Versöhnung und auch im Kampf gegen Drogen. Die neue Politik beinhaltete die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016, die Nichtwiederholung des Konfliktes, die Unterstützung von Opfern und ein verstärktes Bewusstsein für Umweltdelikte. Die neue Drogenbekämpfungspolitik betonte die territoriale Kontrolle, institutionelle Präsenz und Achtung der Menschenrechte.⁽²¹⁾



Unterstützungsaktion für die Opfer der "Falsos Positivos" in Aachen im Oktober 2023

Zusammengefasst...

Die verschiedenen Konflikte hielten an und drehten sich nicht nur um Drogen. Selbst die Schließung von Minen löste Konflikte und Gewalt im Land aus. Nach wie vor waren vor allem indigene, afrokolumbianische und bäuerliche Gemeinschaften betroffen. Es gab Fortschritte in der Friedenskonsolidierung und in der Übergangsjustiz. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten behinderten aber die politische Agenda und die Regierung beging viele Fehler und war nicht frei von Korruptionsfällen. Dies führte zu einer Veränderung in den Machtstrukturen. Die bewaffneten Gruppen passten sich an diese neuen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen an, und einige Regionen blieben weiterhin unter ihrer



Ein Militär, dem Verbrechen während seiner Amtszeit vorgeworfen werden, neben Pablo Escobar. Gewalt und Krieg werden in Kolumbien weiterhin an jeder Ecke geworben.

totalen Kontrolle. Auch die Umweltsituation war von den politischen Wirbelstürmen betroffen. Es gab zunehmend Beweise und Argumente, die zeigten, dass die Energiewende nicht den Gemeinden zugutekommt, sondern sich an den Bedürfnissen großer Konzerne orientiert.

Perspektiven für 2024

Für 2024 wird erwartet, dass Kolumbien weiterhin bedeutende Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte bewältigen wird. Die Regierung wird weiterhin an der Umsetzung von Politiken und Programmen arbeiten. Es ist jedoch auch vorherzusehen, dass politische und soziale Spannungen bestehen bleiben, da konservative Sektoren und mächtige wirtschaftliche Interessen sich weiterhin gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Veränderungen wehren werden. Die Bedrohung von sozialen Anführer*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen wird wohl weiterhin ein wichtiges Thema sein. Deswegen ist eine Zunahme von Schutz-, Solidaritäts- und Unterstützungsanfragen seitens vor allem der ethnischen Gemeinschaften und Organisationen, die ihre Gebiete von den geplanten neuen extraktiven und Infrastrukturprojekte im Land verteidigen, zu erwarten.

Im Jahr 2024 wird Kolumbien Gastgeber der nächsten COP16 zum Thema biologische Vielfalt sein. Die damit verbundene Aufmerksamkeit auf das Land in Verbindung mit dem neuen Lieferkettengesetz könnte neue Türen für Aktionen und Kampagnen der Zivilgesellschaft öffnen.

- (1) <https://www.dane.gov.co>
- (2) Siehe als Beispiel: <https://cambiocolombia.com/poder/la-bananera-vinculada-al-narcotrafico-que-dono-dineros-la-campana-de-federico-gutierrez> und <https://voragine.co/historias/investigacion/los-contratos-de-la-alcaldia-de-valledupar-con-sobrino-de-cielo-gnecco-aliado-de-marquitos-figueroa/>
- (3) https://terra-justa.org/dc_2017/wp-content/uploads/2023/08/Report-of-the-International-Mission-to-Colombia-August-2023.pdf
- (4) https://elpais.com/america-colombia/2023-12-12/colombia-le-dice-no-a-la-regularizacion-del-mercado-de-cannabis-de-uso-adulto.html?event_log=go
- (5) <https://www.unocha.org/publications/report/colombia/colombia-briefing-departamental-putumayo-enero-diciembre-de-2023>
- (6) <https://www.unocha.org/publications/report/colombia/colombia-afectaciones-al-sector-humanitario-y-ataques-contra-la-mision-medica-balance-de-acceso-2023>
- (7) <https://www.elspectador.com/judicial/atentado-en-el-catatumbo-deja-nueve-soldados-muertos>

- (8) <https://www.infobae.com/colombia/2024/04/23/hallan-dos-cuerpos-embalsados-cerca-a-un-cano-en-el-suroccidente-de-bogota/>
- (9) Siehe: https://www.instagram.com/reel/C0-Q_XdoWFa/?igshid=MTc4MmMIYml2Ng%3D%3D und <https://www.clespectador.com/judicial/presidente-petro-suspende-cese-al-fuego-con-el-clan-del-golfo/>
- (10) Siehe <https://insightcrime.org/news/colombian-armed-groups-continue-recruiting-children-amid-peace-talks/> und <https://cidh.us6.list-manage.com/track/click?u=af0b024f4f6c25b6530ff4c66&id=adaba50872&e=8f5ae1ace6>
- (11) <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/02/migrationskooperation-kolumbien.html>
- (12) HRW: <https://www.hrw.org/es/world-report/2024/country-chapters/colombia>
 Indepaz: <https://indepaz.org.co/violencia-en-colombia-informe-anual-2023/>
 und <https://indepaz.org.co/primer-informe-de-seguimiento-a-los-acuerdos-de-cese-al-fuego-bilateral>
 Insight Crime: <https://insightcrime.org/news/colombian-armed-groups-continue-recruiting-children-amid-peace-talks>
 Amnesty International: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/kolumbien-2023#section-23638360>
- (13) <https://coeuropa.org.co/el-desmantelamiento-de-estructuras-y-conductas-criminales-va-mas-alla-de-la-ley-de-sometimiento-a-la-justicia/>
- (14) <https://www.infobae.com/colombia/2024/04/23/alerta-por-suministro-de-agua-en-bogota-iria-hasta-2025-advirtio-el-ministerio-de-ambiente>
- (15) <https://es.mongabay.com/2023/06/colombia-el-resguardo-indigena-que-venedio-bonos-de-carbono-sin-que-sus-habitantes-lo-supieran> Siehe auch: <https://www.elclip.org/bonos-carbono-bosque-galilea/>
- (16) <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Verwendung/Tabellen/einfuhr-steinkohle-zeitreihe.html>
- (17) <https://www.cancilleria.gov.co/newsroom/news/colombia-alemania-crean-comite-directivo-grupo-alto-nivel-hidrogeno-verde-impulsar>
- (18) <https://deinebahn.com>
- (19) <https://www.alamys.org/es/noticias/el-grupo-db-e-c-o-y-egis-ganan-el-proyecto-del-corredor-ferroviario-del-pacifico-en-colombia/>
- (20) <https://www.infobae.com/colombia/2023/11/21/ferrocarril-interoceanico-en-latinoamerica-ministro-de-transporte-detallo-ambiciosa-iniciativa>
- (21) https://www.mindefensa.gov.co/irj/go/km/docs/pcshrcontent/Recursos%20MDN/Plantillas%20Documentos/Ministerio/CentroDocumentos/PolíticasSectoriales/PolíticaDefensaSeguridad/Recursos/PDS_2023_web.pdf

Aktivitäten zu Kolumbien

Mit unseren Aktivitäten im Jahr 2023 zu Kolumbien machten wir dortige positive Entwicklungen sichtbar und prangerten Menschenrechtsverletzungen an, die nach wie vor gegen schutzbedürftige Gemeinschaften im Land begangen werden. Die geringere politische Konflikintensität im Land spiegelte sich in einem Rückgang von Eilaktionen und Anfragen zur Unterstützung von Demonstrationen hier in München und in Deutschland wider. Dies gilt jedoch nicht für ländliche, indigene, bäuerliche und afroamerikanische Gemeinden.

Diverse Perspektiven aus Kolumbien

Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „Perspectivas Diversas“ in der Stadt München zeigten wir zwei Filme und veranstalteten einen Workshop und eine Online-Diskussion. Die Rückkehr ins Kino nach den Einschränkungen der letzten Jahre war sehr aufregend. Die Vorführungen fanden im Sommer statt und füllten den Saal des Werkstattkinos fast bis auf den letzten Platz.

Film 1: Am 20. Juli. zeigten wir „Camilo Torres Restrepo, El Amor Eficaz“ der kolumbianischen Filmemacherin Marta Rodríguez. Die Veranstaltung beleuchtete die Bedeutung der historischen Erinnerungskultur und des politischen Kinos als Instrument der Friedensförderung durch einen imaginären Dialog mit dem emblematischen Priester, Soziologen und ehemaligen Guerillakämpfer Camilo Torres Restrepo.

„In Kolumbien ist es die Aufgabe der so genannten Generation der Gewalt, mit den Toten zu sprechen“ sagt die Protagonistin in einer Passage des Films.

Mit dieser Veranstaltung wollten wir aus der Ferne einen Beitrag zur Friedensarbeit in Kolumbien leisten und hier in München verstehen, wie wichtig die Rolle der politischen Filmproduktion ist. Leider war es der Regisseurin aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich, wie geplant online teilzunehmen. Daniel Bejarano, der Leiter des Festivals Ojo al Sancocho, der sich im Exil in Deutschland aufhält, führte das Gespräch mit dem Publikum. Mit Daniel diskutierten wir nicht nur im Kino, sondern auch danach am Ufer der Isar über die Bedeutung des politischen Kinos und seine Rolle bei der Stärkung von Demokratie, Erinnerung und Frieden, nicht nur in Kolumbien. Die Diskussion diente auch als Auftakt für einen Workshop zum Thema Community Cinema, der am nächsten Tag mit Daniel stattfand.



Einige der Teilnehmenden nach der Filmveranstaltung vor dem Werkstattkino

Im **Workshop** „Gemeinsam kreativ, gemeinsam verändernd, Cine Comunitario für Frieden und politische Bildung“ am 21. Juli erklärte Daniel, wie das Festival Ojo al Sancocho entstand, welche Errungenschaften und welche Rolle das Community Cinema für die Entwicklung der Gemeinschaft in der Stadt Bogotá spielte und welche Herausforderungen es überwinden musste, um voranzukommen. Wir sprachen auch über die aktuelle Situation in den südlichen Vierteln von Bogotá, über Erfahrungen in anderen Regionen und über Daniels Aufenthalt in Deutschland. Zudem stellte uns Daniel einige Methoden zur Entwicklung des Community Cinema und zur Produktion von Kurzgeschichten im Filmformat vor, die mit minimalen Mitteln, wie zum Beispiel unseren Handys, produziert werden können.

„Eine hervorragende Mischung aus Kunst, Kultur, politischer Bildung und Friedenskultur“, so ein Teilnehmer des Workshops.

Während des gesamten Workshops wurden mehrere Gemeinschaftsfilme gezeigt und der Prozess des gemeinschaftlichen Filmemachens erklärt: die Begegnung mit der Gemeinschaft, der kreative Prozess, die Vorproduktion, die Dreharbeiten, die Postproduktion und der alternative und gemeinschaftliche Vertrieb. Der Workshop endete mit einer praktischen Übung, bei der „experimentelle Kurzfilme“ mit Handy-Videokameras gedreht wurden, die dann von den Teilnehmenden vorgeführt und diskutiert wurden.

Die anschließende Diskussion drehte sich um die Rolle des gemeinschaftlichen Filmeproduzierens für Frieden und nachhaltige Entwicklung. Anhand der Erfahrungen von Daniel in Bogotá diskutierten wir,

wie dieser Zweig des Filmsektors vielen Geschichten, die in den Stadtvierteln oder Gemeinden erzählt werden, „Stimme“, „Identität“ und „Form“ verleiht.

„Es waren vier Stunden, in denen ich gelernt habe, wie man Probleme und Ideen der Gemeindeentwicklung kreativ vermitteln kann“, sagte eine Teilnehmerin des Workshops.

Film 2. Am 08. August zeigten wir den Film „Hijos del Viento“ („Kinder des Windes“). Dieser Film beschreibt die Geschichte und die aktuelle Situation der sogenannten „Falsos Positivos“ (außergerichtliche Hinrichtungen) in Kolumbien. „Die kolumbianische Regierung musste beweisen, dass sie den Krieg gegen die Guerillas gewinnt. Zu diesem Zweck wurden zwischen 2002 und 2010 mehr als 6.400 Menschen als „falsch positiv“ hingerichtet“, erklärt der Dokumentarfilm. Der Film wurde im Vorfeld des Besuchs von zwei Vertreterinnen der Opfer gezeigt, über den wir im Folgenden berichten.



Film & Diskussion "Hijos del Viento" mit voller Besetzung

Der Film erzählt die Geschichte von drei Müttern, die ihre Angehörigen verloren haben und die angesichts des Schweigens, der Lügen und der Straflosigkeit des Staates Wahrheit und Gerechtigkeit fordern. Er erzählt auch die Geschichte eines Unteroffiziers, der Zeuge dieser Verbrechen wurde.

Trotz der Länge des 98-minütigen Dokumentarfilms und trotz der starken emotionalen Aufladung durch die Grausamkeit der im Film angeprangerten Verbrechen blieb das Publikum bis zum Ende der Diskussion und setzte diese sogar am Isarufer fort. Einige der Anwesenden äußerten ihr Unverständnis darüber, wie so etwas passieren konnte und stellten sehr konkrete Fragen zur Rolle der Justiz. Besonderes Augenmerk wurde auf die Vorgehensweise der hochrangigen Regierungsbeamt*innen gelegt, denen es gelungen war, die Ermittlungen in diesem Fall zu behindern. Es gab auch eine Debatte über den Fortgang des Falles vor der Übergangsjustiz und über Möglichkeiten zur Unterstützung der Tournee, die zwei Vertreterinnen der Opfer im Oktober und November durchführten. Der Film wurde im Oktober im Rahmen des openDOKU-Programms des EineWeltHauses mit unseren Gästen aus Kolumbien nochmals gezeigt.

Minga de Pensamiento.

Die letzte Veranstaltung der Reihe „Perspectivas Diversas“ fand am 21. Dezember als Reaktion auf den dringenden Aufruf einiger indigener Gemeinschaften statt, ihre Situation sichtbar zu machen und nach Unterstützungsmöglichkeiten zu suchen. Es handelte sich um eine Minga de Pensamiento, ein traditionelles indigenes Konzept partizipativer Gespräche, bei dem jede Person ihre Perspektive und Vorschläge einbringen kann. Die Diskussion mit dem Titel „Die Realität im heutigen Kolumbien aus der Sicht der Basisbewegungen in den Territorien“ wurde von Adriana Walker moderiert, die aus der Gemeinde Embera-Chamí in Kolumbien stammt und in Deutschland lebt. An der Veranstaltung nahmen Vertreter*innen indigener, afrokolumbianischer und bäuerlicher Gemeinden sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen und der kolumbianischen Diaspora in Deutschland und Europa teil.



Flyer der Onlinediskussion

Die Diskussion betonte die neue Konfliktodynamik durch Veränderungen in Kokainproduktion und -handel, was zu einer Umstrukturierung der illegalen Kräfte in den Territorien führte. Dies ging mit einer Zunahme anderer extraktiver Aktivitäten einher, wie dem Abbau von Gold und anderen Mineralien, der Massentierhaltung und agroindustriellen Tätigkeiten wie riesigen Avocado-Plantagen. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die

Verletzungen kollektiver und individueller Rechte durch Projekte des Emissionsrechtehandels. Es wurden Verbindungen zwischen diesen Menschenrechtsverletzungen und dem wirtschaftlichen und politischen Austausch zwischen Deutschland und Kolumbien aufgezeigt. Zudem erörterten wir mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden und zur Förderung der Politik des „totalen Friedens“ im Land. Möchtest Du mehr über die Problematik in den ethnischen und bäuerlichen Regionen erfahren? Hier kannst Du einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung lesen: https://bit.ly/Territorios_Kolumbien

MAFAPO Europa Tour 2023

Zwischen 2002 und 2010 hat die kolumbianische Armee mehr als 6.402 Menschen, meist Jugendliche, verschleppt, ermordet und in Massengräber geworfen. Sie wurden als im Kampf getötete Guerillakämpfer*innen verkleidet und ausgegeben.⁽¹⁾ Die Opfer dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit wurden von staatlichen Stellen verharmlosend und absichtlich falsch als „Falsos Positivos“ bezeichnet.

Es ist eines der berüchtigtsten Staatsverbrechen Kolumbiens. Der Grund dafür? Zum einen erhielten Militäranghörige Belohnungen für die Darstellung von „Guerilla“-Opfern, zum anderen stellte sich die Regierung als Sieger im Krieg gegen die Guerilla dar. Am 30. August 2023 erhob die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (Jurisdicción Especial para la Paz – JEP) Anklage gegen den ehemaligen General und Kommandeur der kolumbianischen Armee Mario Montoya und acht weitere Militäranghörige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit 130 Falsos Positivos und schuf damit einen Präzedenzfall.⁽²⁾

Die juristischen Fortschritte sind nur ein Teil des Prozesses, um diese Verbrechen vor Gericht zu bringen. Verantwortliche Politiker*innen und Militäranghörige versuchen weiterhin, weitere Anklagen zu verhindern. Wir haben Jacqueline Castillo Peña und Rubiela Giraldo Valencia von MAFAPO-Kolumbien nach Deutschland eingeladen und begleitet, um aus erster Hand zu berichten. Zwischen dem 13. Oktober und dem 12. Dezember waren sie auf der #MAFAPOEuropaTour2023 in neun deutschen Städten und insgesamt acht Ländern unterwegs.



Unsere Gäste Jackeline und Rubiela im Büro von Misereor. Auf dem Plakat ein passender Satz: "Mut ist, Verbrechen zu beweisen, die angeblich nie passiert sind".

Das Kollektiv MAFAPO. Im Kollektiv „Madres de los Falsos Positivos MAFAPO“ (Mütter und Angehörige von Opfern außergerichtlicher Hinrichtungen) arbeiten Frauen, die sich dem Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit für die Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen verschrie-

ben haben. Dieser Einsatz brachte ihnen 2012 internationale Auszeichnungen als „Friedensstifterinnen“ ein. In den fast 15 Jahren ihres Kampfes gegen die Straflosigkeit wurden die mutigen Frauen von MAFAPO wiederholt mit dem Tode bedroht und von politischen Persönlichkeiten und Generälen der kolumbianischen Armee öffentlich diffamiert. Doch trotz aller Widrigkeiten kämpfen die Frauen von MAFAPO weiter, auch mit künstlerischen Aktionen.



Seminar z.T. Falsos Positivos an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt im Rahmen des Masterstudiengangs "Conflict, Memory and Peace".

In Deutschland stand die Rundreise unter dem Motto „Der Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit in Fällen von Staatsverbrechen in Kolumbien“ und war Teil unseres Projektes „Perspectivas Diversas“. Jacqueline und Rubiela erzählten, was passiert ist und wer an den Verbrechen beteiligt war. Sie sprachen auch über Geschichte, Erfolge und Herausforderungen von MAFAPO.

Die Tour umfasste zwei Seminare, fünf Vortragsveranstaltungen und eine Filmvorführung mit jeweils anschließender Diskussion sowie 18 Fachgespräche mit Journalist*innen und politischen Entscheidungsträger*innen. Darüber hinaus organisierten wir zwei Museumsführungen und nahmen an verschiedenen Aktionen im öffentlichen Raum teil. Vor allem die Abendveranstaltungen in Frankfurt und Berlin waren mit je-

weils etwa hundert Personen sehr gut besucht.



Abendveranstaltung der #MAFAPOEuropaTour2023 in Frankfurt

Die Diskussionen behandelten historische Aspekte dieses Staatsverbrechens, Fortschritte in der traditionellen und der Übergangsjustiz sowie die Kontinuität dieses Verbrechens. Die Rolle der psychosozialen Begleitung, historischen Erinnerungsarbeit und Unterstützung durch die Diaspora und die internationale Gesellschaft wurde analysiert. Die Aktivitäten endeten mit dem Sammeln von Ideen zur Unterstützung des Kampfes für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Frieden in Kolumbien sowie zur Förderung von MAFAPO.

Bei den zwei Museumsführungen tauschten wir uns über die Parallelen zur Situation in Kolumbien aus. Das Fazit von Rubiela und Jacqueline nach dem Besuch des Memorium Nürnberger Prozesse: „Wir sind überrascht, wie viele Ähnlichkeiten es zwischen der Geschichte in Deutschland und dem Konflikt in Kolumbien gibt. Es scheint, dass in Kolumbien viele Strategien angewendet werden, die auch im zweiten Weltkrieg zum Einsatz kamen.“ Diese Zusammenfassung motivierte unsere Gäste, auch über ethische Fragen zu diskutieren.

Anschließend ging es weiter nach Belgien, England, Schottland, Irland, Österreich, in die Schweiz, nach Spanien und Italien. Wir nahmen

an verschiedenen Treffen in Bern, Brüssel und Genf teil, um die Tour weiter zu unterstützen. Dort trafen wir uns mit Menschenrechtsorganisationen, Aktivist*innen, kolumbianischen und europäischen Regierungsvertreter*innen und mit kolumbianischen Diaspora-Organis-



Abendveranstaltung der #MAFAPOEuropaTour2023 in Berlin

sationen.

Die Deutschlandtour wurde unterstützt vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor und in Zusammenarbeit mit Kollektiven aus der kolumbianischen Diaspora sowie Organisationen aus der Menschenrechtskoordination Kolumbien organisiert. Wir danken allen herzlich für die Ermöglichung dieser Tour. Ein ausführlicher Bericht über die Tour ist in der Rubrik „Perspectivas Diversas“ auf unserer Website veröffentlicht: <https://bit.ly/MAFAPOTourBericht>

Präsenz im ländlichen Raum

Der Bildervortrag „Kolumbien aus verschiedenen Perspektiven. Jenseits der Drogenklischees“ am 01. Juli in Geiselhöring, einer niederbayerischen Stadt mit 7.000 Einwohner*innen, bot Raum für eine Diskussion mit Einwohner*innen und politischen Vertreter*innen. Diese drehte sich um positive und negative Aspekte der aktuellen Situation in Kolumbien. Die Teilnehmenden stellten Fragen zum Handelsaustausch zwischen Deutschland und Kolumbien, zur Menschenrechtssituation, zu Gemeinsamkeiten in den politischen Modellen und zur

Drogenpolitik. Nachdem der große Unterschied zwischen Kokablättern und Kokain erklärt worden war, durften die Teilnehmenden Kokateer probieren und Kokablätter anfassen. Die Veranstaltung öffnete die Türen für weitere Aktivitäten in der Region des Labertals.

Schularbeit

Anfang Dezember führten wir am Michaeli-Gymnasium in München den Workshop „Auswirkungen der Drogenproduktion - Perspektive über den Konsum hinaus“ durch. Den Bericht findest Du in einem Extraartikel zur Schularbeit.

Weitere Aktivitäten

Wir unterstützten zudem Aktivitäten und Kampagnen anderer Organisationen, wie zum Beispiel:

- Logistische Unterstützung der Veranstaltung „Wahrheit im Exil: Ein Weg zum Frieden in Kolumbien“. Mit Vertreter*innen der kolumbianischen Regierung. Eine Veranstaltung der Arbeitsgruppe der kolumbianischen Wahrheitskommission in Deutschland am 17. Februar im Gasteig PH8.

- Filmdiskussion „Chocolate de Paz“, ein Film über den Kampf der Friedensgemeinde San José de Apartadó um ein Leben in Frieden in ihrem Gebiet. Eine Veranstaltung des Nord-Süd-Forum am 23. Mai im EineWeltHaus.

- Tagung: „Ein Jahr nach dem Regierungswechsel in Brasilien und Kolumbien“ mit Gästen aus Kolumbien und Brasilien. Eine Veranstaltung verschiedener Organisationen am 17. und 18. Juni in der Evangelischen Akademie Bad Boll.

- Unterstützung der Kampagne #FreeBruno auf der Plattform www.klimasolidaritaet.de. Die Kampagne setzt sich für das Recht auf Wasser ein, das durch die Umleitung des Arroyo Bruno gefährdet ist. Dieser Fluss versorgte früher indigene Gemeinden, Opfer der Kohlemine El Cerrejón in Kolumbien, mit sauberem Wasser. Allerdings wurde er umgeleitet, um den Betrieb der Mine zu erweitern. Die Kohle aus der Mine wird größtenteils nach Deutschland exportiert.

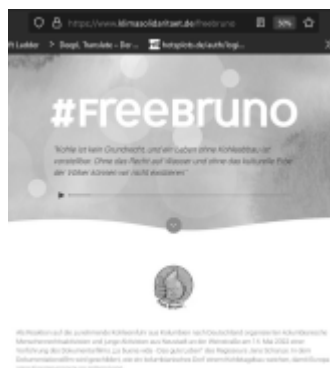


Abbildung der Kampagnenseite

Ausblick für 2024-2025

Für das Jahr 2024 planen wir eine Nachbereitung der Tour mit Vertreterinnen von MAFAPO und der Aktivitäten mit indigenen, afroamerikanischen und bäuerlichen Vertreter*innen. Wir werden uns weiterhin mit dem Thema „Auswirkungen der Drogenproduktion“ beschäftigen. Auch im Bereich Wirtschaft und Umwelt werden wir aktiv sein, insbesondere im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz, der Plattform Klimasolidarität.de und einer Arbeitsgruppe der Menschenrechtskoordination Kolumbien zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte. Auf der Agenda steht auch das Thema Schutzprogramme für Menschenrechtsverteidiger*innen.

- (1) jep.gov.co/macrocasos/caso03.html
- (2) JEP-Bericht zum Fall Ex-General Montoya

Länderbericht

Der seit dem 27. März 2022 verhängte Ausnahmezustand beschneidet elementare Bürgerrechte, während Präsident Nayib Bukele zunehmend autokratisch regiert und hart gegen Regierungskritiker*innen vorgeht. Seither sind über 75.000 Personen, darunter viele ohne Anklage und Prozess, in die sowieso schon überfüllten Gefängnisse gesperrt worden. Insbesondere verarmte Jugendliche leiden unter der Stigmatisierung als angebliche Bandenmitglieder und laufen täglich Gefahr, willkürlich verhaftet zu werden, weshalb viele in die USA migrieren. In den Gefängnissen kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen, sowie Folter und außergerichtlichen Tötungen.⁽¹⁾ Betroffen sind auch Aktivist*innen aus den sozialen Bewegungen.

Politik der “eisernen Hand” und Aushöhlung der Demokratie

2023 war ein besonders kritisches Jahr für die Verteidigung der Menschenrechte in El Salvador. Die Schwächung der Rechtsstaatlichkeit und die Instrumentalisierung des Systems zugunsten der Interessen derjenigen, die den Staat kontrollieren, war deutlich spürbar. So werden in der derzeit vorherrschenden offiziellen Darstellung alle Bemühungen früherer Regierungen und anderer gesellschaftlicher Akteur*innen, so-



Seit Verhängung des Ausnahmezustands gleicht El Salvador einem Freiluftgefängnis. Die Oppositionsbewegung *Bloque Popular* versucht unter schwierigen Bedingungen Gegenwehr zu leisten.

wie die Friedensabkommen nach dem Bürgerkrieg aus dem Jahr 1993 als “Farce” bezeichnet. Im Gegensatz dazu wird insbesondere die Sicherheitspolitik Bukeles als Erfolg gefeiert. Entgegen dieser offiziellen Darstellung stellen Menschenrechtsorganisationen die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen in Frage und werden aufgrund ihrer kritischen Haltung systematisch schikaniert und verfolgt.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung war eines der am stärksten eingeschränkten Rechte im Jahr 2023.⁽²⁾ So wurden neben dem Aktivismus von Menschenrechtsorganisationen auch zunehmend journalistische Tätigkeiten zum Ziel von Attacken und Verfolgung.

Trotz der nicht abreißenden Kritik an den Folgen des Ausnahmezustandes waren die Zustimmungswerte für Präsident Nayib Bukele sehr



Am 15. September, dem Tag der salvadorianischen Unabhängigkeit, gingen tausende Salvadorianer*innen trotz Angst vor staatlichen Repressionen gegen die verfassungswidrige Wiederkandidatur von Bukele auf die Straße.

2023 Bukeles Vorschlag, fast ein Drittel der Sitze im Parlament zu streichen, sowie über 80 Prozent der Gemeindevertretungen des Landes abzuschaffen.

hoch. Im Oktober 2023 ließ sich Bukele als Kandidat für die Parlamentswahlen 2024 registrieren, obwohl die Verfassung eine sofortige Wiederwahl verbietet.⁽³⁾ Die Kandidatur folgte auf eine Reihe von gravierenden Reformen, die die Wahlkarte des Landes und das gesamte System der repräsentativen Regierung völlig neu gezeichnet haben. So bestätigte die Legislative im Juni

Willkürliche Massenverhaftungen

Mit über 100.000 Gefangenen weist El Salvador derzeit die weltweit höchste Inhaftierungsrate auf.⁽⁴⁾ Wie im Vorjahr, kam es auch 2023 zu



Das neue Mega-Gefängnis "CECOT" (wörtlich: Terrorismus-Abriegelungszentrum), welches über 40.000 Menschen fassen soll.

tausenden willkürlicher Verhaftungen ohne richterliche oder staatsanwaltliche Anordnung oder konkreten Tathinweisen. Im Februar 2023 begannen die Behörden damit, Häftlinge in ein neues Mega-Gefängnis, das so genannte "Terrorism Confinement Centre" (CECOT), zu verlegen,⁽⁵⁾ das nach Angaben der Regierung 40.000 Menschen aufnehmen kann.⁽⁶⁾ Seit 2023 sind zudem Massenverhandlungen mit bis zu 900 Personen möglich,⁽⁷⁾ wodurch der Grundsatz der Unschuldsvermutung missachtet und gegen das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren verstoßen wird. Bis heute wurden mehr als 75.000 Festnahmen im Rahmen des Ausnahmezustands registriert, von denen nach offiziellen Angaben mehr als 7.000 "irrtümlich" geschehen seien und nach den Worten der Sicherheitsbehörden "Kollateralschäden" darstellen.⁽⁸⁾ In vielen Fällen gaben die Betroffenen an, dass die Beamt*innen, die sie festgenommen haben, ihnen gegenüber zugegeben haben, dass ihnen befohlen worden war, eine tägliche Quote zu erfüllen.

Ehemalige Häftlinge berichten von überfüllten Zellen, fehlender grundlegender Versorgung und unhygienischen Bedingungen. Auch gibt es Berichte über Misshandlungen, den exzessiven Einsatz von Pfefferspray und starke Einschränkungen bei grundlegenden Bedürfnissen, wie Nahrung, Wasserversorgung, Toilettenbenutzung und fehlendem Zugang zu Außenbereichen.⁽⁹⁾ Menschenrechtsorganisationen berichten von mindestens vierhundert Menschen, die seit Beginn des Ausnahmezustandes in den Gefängnissen aufgrund von Folter und/oder mangels rechtzeitiger medizinischer Versorgung ums Leben gekommen sind.⁽¹⁰⁾



Familien fordern die Freilassung ihrer unschuldig inhaftierten Angehörigen und Gerechtigkeit für die im Gefängnis ums Leben gekommenen Personen.

Militarisierung



Präsident Bukele verbreitet mit Militäraufmärschen vor allem in ländlichen Gemeinden ein Klima der Angst und Einschüchterung.

Die neuen Richtlinien der derzeitigen Regierung zur Eindämmung der Gewalt in El Salvador zielen auf eine verstärkte Militärpräsenz. Und dies, obwohl Soldat*innen laut Verfassung nicht auf der Straße agieren und auch nicht an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit teilnehmen dürfen, sondern nur zur Verteidigung der nationalen Souveränität dienen. Verschiedene Menschenrechtsexpert*innen sind sich einig darin, dass die Militarisierung zu Machtmissbrauch führt und der angestrebten Friedenskultur im Lande zuwiderläuft. So wurden Fälle von sexuellem Missbrauch durch die Polizei und von Soldaten gegen Mädchen und Frauen dokumentiert. Dazu gehört beispielshalber die Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens am 31. Oktober 2023 im Viertel Bosques del Rio in der Gemeinde Soyapango.

In einem Interview, das wir mit der Menschenrechtsaktivistin und Präsidentin von ADES, Vidalina Morales führten, erklärte sie, dass die Militarisierung außerdem Traumata aus Zeiten des Bürgerkrieges wieder aufleben lasse.⁽¹¹⁾

Der Fall Santa Marta

Am 11. Januar 2023 wurden fünf Umweltschützer und Gemeindeführer aus der Gemeinde Santa Marta unter dem Vorwurf eines angeblichen Kriegsverbrechens während des Bürgerkrieges (1980-1992) verhaftet. Vom Zeitpunkt der Verhaftung an und während des gesamten Prozesses wurde systematisch gegen die elementarsten Grundsätze eines ordnungsgemäßen Verfahrens verstoßen. So wurde den Verhafteten das Recht auf eine Verteidigung verweigert. Außerdem durften sie keine Besuche empfangen und erhielten keine medizinische Versorgung. Nach einem langwierigen Prozess und starkem Druck seitens der Gemeinde Santa Marta und der internationalen Gemeinschaft und Solidarität gelang es, dass die Inhaftierten schließlich am 5. September 2023 in den Hausarrest entlassen wurden.

Immer wieder kommt es in Santa Marta seit der Verhaftung der Umweltschützer zu Einschüchterungsversuchen durch Polizei und Ar-



Gemeindemitglieder aus Santa Marta fordern die Freilassung der fünf verhafteten Landverteidiger.

mee. So marschierten zwischen dem 21. und 22. Mai, sowie am 22. Juli 2023 unverhältnismäßig viele Polizisten und Soldaten in der Gemeinde auf. Hinzu kam die willkürliche Verhaftung von Manuel Gámez Morales, dem Sohn von Vidalina Morales, am 17. Mai 2023, ohne dass die Gründe für die Verhaftung erläutert wurden. Bei seiner Verhaftung wurde Manuel Opfer exzessiver Gewaltanwendung, obwohl er keinen Widerstand leistete. Seine Freilassung, einen Tag nach seiner Verhaftung, zeigt deutlich, dass seine Verhaftung auf einen willkürlichen Akt zurückzuführen ist.⁽¹²⁾

Expert*innen und die Bewohner*innen Santa Martas sind sich indes sicher, dass die Verhaftungen und Militarisierung eine vorsätzliche Einschüchterung gegen die Gemeindeorganisation Santa Marta und der Führung von ADES sind. So ist seit Anfang 2022 die Anwesenheit von Vertreter*innen von Bergbauunternehmen in dem Gebiet bekannt, offenbar mit der Absicht, den Weg für Bergbauprojekte zu öffnen. Da Santa Marta und ADES jedoch ein Hindernis für diese Absichten darstellen, wird nach Wegen gesucht, die Anführer*innen des Widerstands zum Schweigen zu bringen. (Siehe dazu auch unseren Aktivitäten-Bericht)

Zunehmende Vulnerabilität von Kindern und Frauen

Viele Familien haben nach der Inhaftierung der Hauptverdienenden große Mühe über die Runden zu kommen, was ihre durch die steigen-

den Lebenshaltungskosten ohnehin schon prekäre wirtschaftliche Lage noch verschlimmert. So konnte 2023 die Zunahme von Kinderarbeit, Schulabbrüchen und psychischen Problemen dokumentiert werden.⁽¹³⁾ Regionale Menschenrechtsorganisationen wie Cristosal berichteten auch über die Überlastung der Frauen mit Betreuungspflichten.⁽¹⁴⁾ Das Ausnahmeregime hat außerdem dazu geführt, dass viele Kinder mit der Verhaftung ihrer Eltern verlassen und hilflos zurückgelassen werden (Siehe Aktivitätenbericht).

Darüber hinaus informierten Menschenrechtsorganisationen über geschlechtsspezifische Gewalt in den Gefängnissen, wie etwa der fehlenden sexuellen und reproduktiven Gesundheitsfürsorge, fehlender Bereitstellung von Hygieneartikeln, einschließlich Damenbinden, und eine Gefängnisinfrastruktur, die die geschlechtsspezifischen Besonderheiten der weiblichen Gefangenen negiert. Letzteres ist bei schwangeren und stillenden Frauen besonders offensichtlich. Diese miserablen Bedingungen betreffen auch Kinder, die mit ihren Müttern inhaftiert sind, und im Gefängnis geborene Babys.⁽¹⁵⁾



Die Vereinigung Movir (*Movimiento de Víctimas del Regimen*) leistet Hilfe für Mütter und ihre im Gefängnis geborenen Babys.

Schwangerschaftsabbrüche sind in El Salvador weiterhin unter allen Umständen illegal. Frauen und Mädchen, die in Armut leben, sind unverhältnismäßig stark betroffen und werden bei Verdacht auf Abtreibung, aber auch nach Fehlgeburten oder obstetrischen Notfällen, zu Haftstrafen von bis zu 50 Jahren verurteilt. Im März 2023 fand vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IACtHR) eine Anhörung zum Fall von Beatriz statt, der 2013 vom Staat El Salvador eine Abtreibung verweigert wurde, obwohl ihre Schwangerschaft als Hochrisikoschwangerschaft galt. Die Entscheidung des Gerichtshofs steht noch aus.⁽¹⁶⁾

LGBTQ+- Rechte

LGBTQ+- Personen sind nach wie vor Zielscheibe homophober und transphober Gewalt durch Polizei, Banden oder Einzelpersonen. In vielen Fällen sehen sich die Betroffenen gezwungen, das Land zu verlassen. Im Februar 2022 hatte der Oberste Gerichtshof die Legislative angewie-

sen, ein Verfahren zu schaffen, mit dem Transgender-Personen ihren gesetzlichen Namen ändern können, um ihre Geschlechtsidentität widerzuspiegeln. Die Abgeordneten ließen die vom Gericht gesetzte Frist von einem Jahr verstreichen und Bukeles aktueller Diskurs lässt für die Zukunft nur massive Rückschritte im Einsatz für die LGBTQ+-Community vermuten.

Wirtschaftliche Lage und Umweltkrise

Neben dem repressiven Ausnahmezustand hatten die Salvadorianer*innen 2023 auch unter der prekären wirtschaftlichen Lage und insbesondere dem Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel gelitten. Die Zentralbank stellte in ihren Erhebungen die Verelendung der Lebensbedingungen der salvadorianischen Bevölkerung fest. Die Verschuldung des Landes übersteigt 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was zu steigenden Preisen, Arbeitslosigkeit und unzureichenden Löhnen führt. Nachrichten über den Bau einer Bitcoin-Mining-Anlage in El Salvador unterstreichen den volkswirtschaftlichen Kurs der Regierung, weiter auf die extrem schwankende virtuelle Währung zu setzen.⁽¹⁷⁾

Die seit langem schwebende Umweltkrise verschärfte sich 2023 weiter. Beklagt wurde vor allem die Verschlechterung der Wasserressourcen, die weiter forcierte Verstädterung, die schlechte Abwasserentsorgung und die ineffiziente Müllabfuhr. Eine Reaktivierung des metallischen Bergbaus würde diese Krise noch weiter verschärfen.⁽¹⁸⁾ Aufgrund der Kombination von Umweltproblemen, dem Ausnahmezustand und der wirtschaftlichen Lage, kam es 2023 in vielen, insbesondere ländlichen Gemeinden, vermehrt zu Migration, vor allem in die Vereinigten Staaten.

Internationale Akteur*innen

Im Juli 2023 veröffentlichte das US-Außenministerium einen Bericht über korrupte und undemokratische Akteur*innen (*Corrupt and Undemocratic Actors Report*), in dem Sanktionen gegen mehrere ehemalige salvadorianische Regierungsvertreter, darunter zwei ehemalige Präsidenten des Landes, verhängt wurden. Im Oktober reiste der stellvertretende Außenminister der USA, Brian Nichols, nach El Salvador. Unter anderem erörterten Nichols und Bukele die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und die gemeinsamen Bemühungen zur „Bekämpfung der irregulären Migration“.⁽¹⁹⁾ Bukele sucht zunehmend Unterstützung aus dem rechtskonservativen Lager in den Vereinigten

Staaten und hat zudem dem Präsidentschaftskandidaten Trump bereits seine volle Unterstützung zugesagt.⁽²⁰⁾

- (1) https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-Bericht-deutsch-final.pdf
- (2) <https://amerika21.de/2023/01/262216/verhaftungen-soziale-bewegungen-el-salva>
- (3) <https://amerika21.de/2023/11/266638/el-salvador-bukele-meldet-kandidatur>
- (4) https://www.dplf.org/sites/default/files/contribuciones_a_desapariciones_de_corte_duracion_en_el_salvador.pdf
- (5) <https://amerika21.de/2023/02/262634/gefaengnisse-el-salvador-ueberbelegt>
- (6) <https://www.hrw.org/es/world-report/2024/country-chapters/el-salvador>
- (7) <https://amerika21.de/2023/08/265152/el-salvador-massenprozesse>
- (8) <https://twitter.com/dialogo21/status/1693980751161639369?s=12&t=MsX970vhNNW0VpbKJM3r4Q>
- (9) https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-Bericht-deutsch-final.pdf
- (10) <https://amerika21.de/2023/03/263159/el-salvador-tote-gefangene-krankheiten>
- (11) <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/und-wenn-sie-noch-so-viele-gefaengnisse-bauen/>
- (12) <https://amerika21.de/2023/05/264059/el-salvador-harte-reaktion-auf-uno>
- (13) <https://www.alharaca.sv/actualidad/ninez-sufre-los-efectos-del-regimen-de-excepcion/>
- (14) <https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/>
- (15) <https://www.divergentes.com/mujeres-embarazadas-bebes-en-situacion-critica/>
- (16) <https://www.hrw.org/es/world-report/2024/country-chapters/el-salvador>
- (17) <https://amerika21.de/2023/06/264427/elsalvador-nachhaltiges-schurfen-bitcoin>
- (18) <https://amerika21.de/2023/06/264260/el-salvador-bukele-vier-jahre-im-amt>
- (19) <https://www.hrw.org/es/world-report/2024/country-chapters/el-salvador>
- (20) <https://www.economista.com.mx/opinion/Milei-y-Bukele-buscan-el-apoyo-de-la-ultraderecha-estadounidense-20240227-0147.html>

Aktivitäten zu El Salvador

Mujeres libres – Frauen in Freiheit. Über den Kampf für Frauenrechte (nicht nur) in Lateinamerika – Gespräch und Brunch mit der Aktivistin Teodora Vásquez aus El Salvador

Am 12. und 13. März 2023 durften wir die salvadorianische Frauenrechtlerin Teodora del Carmen Vasquez, im Rahmen einer von *Amnesty International* organisierten Rundreise, bei uns in München begrüßen. Teodora saß fast 11 Jahre im Gefängnis, nachdem sie eine Fehlgeburt erlitten hatte. Warum? In El Salvador gilt einer der weltweit strengsten Abtreibungsgesetze. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Schwangerschaft eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Mutter darstellt oder Folge einer Vergewaltigung ist. Selbst Frauen, die Fehl- und Totgeburten erleiden, werden kriminalisiert: Man wirft ihnen vor, heimlich einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen zu haben. Frauen, die wie Teodora, aus armen Verhältnissen stammen, sind besonders betroffen. Sie werden von vornherein als schuldig betrachtet und können sich häufig keinen Rechtsbeistand leisten. 2008 verurteilte ein Gericht Teodora del Carmen Vásquez wegen "Mordes" zu 30 Jahren Gefängnis.

Trotz ihrer hoffnungslosen Lage gelang es Teodora sich im Gefängnis Ilopango, mit 17 weiteren Schicksalsgenossinnen zu verbünden, um sich gemeinsam für ihre Freilassung einzusetzen. Dies war der Beginn der bald weltweit bekannten und unterstützten Kampagne "Libertad para las 17" (Freiheit für die 17). Gleichzeitig zum zunehmenden internationalen Druck auf die Freilassung, entstand der mittlerweile preisgekrönte Dokumentarfilm "Fly so Far" durch die schweizerisch-salvadorianische Regisseurin Celina Escher, in welcher sie Teodoras Werdegang bis zu ihrer Freilassung im Jahr 2018 und ihrem anschließenden Einsatz für die weiterhin inhaftierten Mitstreiterinnen begleitete. Heute leitet Teodora die von ihr gegründete salvadorianische



Im IIGsalz8 stellte unsere Gästin Teodora bei typisch salvadorianischen Essen die Arbeit ihrer Organisation Mujeres Libres vor.

Sektion der Organisation “Mujeres Libres” (Freie Frauen), die es sich zur Aufgabe macht, ehemals inhaftierten Frauen Obdach zu geben und sie in ihrer Resozialisierung zu unterstützen.

Zum Weltfrauentag am 8. März konnten wir bei Radio Lora München ein Interview mit Teodora veröffentlichen, welches unter <https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/onda-info-559-8m-spezial/> angehört und unter <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/12-maerz-2023-kampf-fuer-frauenrechte-nicht-nur-in-zentralamerika.html> nachgelesen werden kann.



Gemeinsam mit Teodora und Besucher*innen unserer Veranstaltung setzten wir ein Zeichen der Solidarität für Beatriz, einer jungen Frau aus El Salvador, der trotz einer Hochrisiko-Schwangerschaft und Klage vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte ein Schwangerschaftsabbruch verwehrt wurde.

Am 12. März haben wir schließlich im gut besuchten Ligsalz8 bei einem typisch salvadorianischen Brunch mehr über die Arbeit von “Mujeres Libres” erfahren. Aufgrund des großen Interesses veranstalteten wir am nächsten Tag mit Unterstützung des Queerfeministischen Netzwerks München einen gemeinsamen Filmabend im Farbenladen, wo wir den Dokumentarfilm über Teodoras Freiheitskampf zeigten und anschließend mit Teodora sprachen.

El Salvador im Ausnahmezustand – Vortrag und Diskussion mit Zaira Navas und David Morales von der Menschenrechtsorganisation Cristosal

Gemeinsam mit der Amnesty International-El Salvador-Koordinationsgruppe, waren wir am 19.9.2023 Veranstalter*innen eines spannenden Online-Vortrags durch die Menschenrechtsanwält*innen

Zaira Navas und David Morales von der salvadorianischen Menschenrechtsorganisation Cristosal. Zunächst stellten sie uns den erschütternden Bericht von Cristosal über die während des Ausnahmezustands verübten Menschenrechtsverletzungen vor. Zaira Navas, die sich gerade mit *Amnesty International* auf Deutschland-Rundreise befand, berichtete insbesondere über die grausamen Bedingungen in den völlig überfüllten salvadorianischen Gefängnissen und dort stattfindenden Menschenrecht

verletzungen, darunter Folter und außergerichtliche Tötungen. David Morales erörterte mit uns im Anschluss die durch die Bukele-Regierung durchgesetzten Gesetzesreformen, welche unter anderem seine eigentlich verfassungswidrige Wiederwahl vereinfachten und auch der Regierungspartei Nuevas Ideas entscheidende Vorteile in der legislativen Versammlung sicherten.

Zaira und David betonten beim Gespräch mit dem Publikum die reale Bedrohungslage für Menschenrechtsaktivist*innen durch Hetzkampagnen und eine zunehmend repressiven Politik gegenüber kritischen Stimmen. Unter folgenden Link kann der aufgezeichnete Vortrag auf Spanisch angeschaut werden: <https://youtu.be/iNkmPB-Z2Ak?si=X9yEkTwP-5O0fUif>. Die deutsche Übersetzung haben wir unter <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/19-september-2023-el-salvador-im-ausnahmezustand.html> dokumentiert. Der Bericht von Cristosal ist abrufbar unter: <https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/>

Solidarität mit der Gemeinde Santa Marta

Am 11. Januar 2023 wurden in der Gemeinde Santa Marta im Departement Cabañas, El Salvador, Miguel Ángel Gómez, Alejandro Láinez García, Pedro Antonio Rivas Láinez, Antonio Pacheco so wie

VORTRÄGE UND DISKUSSION
ONLINE VIA ZOOM

SPANISCH MIT SIMULTANÜBETSETZUNG
DEUTSCH

**EL SALVADOR IM
AUSNAHMEZUSTAND**
DIENSTAG, 19.9.2023
19:00 UHR

mit den
Anwält*innen Zaira
Navas und David
Morales von der
Menschenrechts-
organisation
Cristosal

Die Verletzung des Okzidentalschlachtens durch die Regierungspartei Nuevas Ideas, El Salvador

AMNESTY INTERNATIONAL

www.oeku-buero.de

AMNESTY INTERNATIONAL

In der Online-Veranstaltung mit den Anwält*innen für Menschenrechte Zaira Navas und David Morales ging es um die menschenunwürdigen Bedingungen in den salvadorianischen Gefängnissen und fragwürdigen Gesetzesreformen.

Saúl Agustín Rivas Ortega verhaftet. Die Generalstaatsanwaltschaft



beschuldigt die Ex-Guerillas, 1989 eine Frau gefoltert und ermordet zu haben. Während des Kriegs hatte die Armee Cabañas mit Massakern überzogen; hier war es ihr gelungen, den Widerstand bis auf wenige Inseln zu liquidieren. Zu diesen Inseln gehört Santa Marta, wohin die nach Honduras geflüchteten Bewohner*innen 1987 zurückgekehrt waren. Die Comunidad stand später auch an vorderster Front gegen die Zerstörung und Umweltverschmutzung durch das kanadische Bergbauunternehmen Pacific Rim. 2017 gelang es, den Bergbau landesweit zu verbieten. Die Regierung Bukele strebt offensichtlich die Abschaffung dieses Verbots an. In Santa Marta wurden erneut Erkunder und Propagandisten von Bergbauunternehmen gesichtet. Auch trat die salvadorianische Regierung bereits 2021 dem Zwischenstaatlichen Forum für Bergbau, Mineralien, Metalle und nachhaltige Entwicklung bei.

Die Kampagne "#Freiheitfürdie5" wurde 2023 zum Sinnbild der internationalen Forderungen für die Freiheit der unschuldig verhafteten Umweltverteidiger aus Santa Marta und im Kampf gegen die drohende Reaktivierung des Bergbaus in El Salvador.

Da bisher weder Indizien noch Beweise für die Täterschaft der fünf an dem Mord erbracht wurden, liegt der Verdacht nahe, dass die Verhaftung der Aktivisten gegen Bergbau der Abschreckung und Demobilisierung möglichen Widerstands diene. Kurz vor ihrer Festnahme hatten die Verhafteten gerade mit der Organisation ADES eine Sensibilisierungskampagne bezüglich der drohenden Wasserverunreinigung im Falle der reaktivierten Minenausbeutung begonnen.

Ein klarer Fall von Abschreckung zeigte sich auch im Mai 2023, als Polizisten den Sohn von ADES-Präsidentin Vidalina Morales festnahmen. Kurz zuvor hatte Vidalina Morales in einer Radiosendung die Pläne der Regierung, das Bergbauverbot aufzuheben, angeprangert. Nach einem internationalen Aufschrei wurde Manuel Gámez Morales freigelassen.

Organisationen aus der Schweiz und aus Deutschland, darunter auch das Ökubüro, sandten im Januar eine Solidaritätsadresse an die Gemeinde Santa Marta, die hier nachgelesen werden kann: <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/el-salvador-solidaritaet-aus-der-schweiz-und-deutschlandmit-der-gemeinde-santa-marta.html#de>. Kurz nach der Freilassung von Vidalina Morales Sohn führten wir außerdem für die Lateinamerika-Nachrichten ein Interview mit ihr: <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/und-wenn-sie-noch-so-viele-gefaengnisse-bauen/>. Den Aktivisten wurden Medikamente, die sie brauchten und jeglicher Besuch, selbst durch ihre Rechtsanwälte verweigert. Nach monatelangem Bangen um ihre Gesundheit und Unversehrtheit, wurden die fünf am 5. August aufgrund des hohen internationalen Drucks in den Hausarrest entlassen.

Solidarische Vernetzung mit den Gemeinden am Bajo Lempa

Zentralamerika ist weltweit eine der am meisten vom Klimawandel betroffenen Regionen. Trotz der widrigen Umstände setzt sich unsere Partnerorganisation ACUDESBAL seit Anfang der 1990er Jahre für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Region Bajo Lempa in El Salvador ein. Dabei soll ein „gutes Leben“ durch die Kombination einer ökologischen Subsistenzwirtschaft und der Produktion für lokale Märkte ermöglicht werden.

Aufgrund ihrer geografischen Lage ist die Region Bajo Lempa allerdings immer wieder von schweren Überschwemmungen betroffen, wobei die Situation durch den fortschreitenden Klimawandel zunehmend komplizierter wird. Der nach dem Hurrikan Mitch 1998 am Ufer des Lempa-Flusses errichtete Deich wurde über die Jahre unterhöhlt und besonders vom Tropensturm Julia im Jahr 2022 stark beschädigt. Bei der nächsten Flut droht er an zahlreichen Stellen zu brechen. Einige Gemeinden der Region



Mit der Organisation ACUDESBAL am Bajo Lempa stehen wir seit vielen Jahren in engem Austausch.

stehen außerdem weiterhin ohne jeglichen Schutz dar. Trotz zahlreicher Appelle versäumte es die Regierung im vergangenen Jahr erneut, das Problem anzugehen. Die Gemeinden befürchten eine Katastrophe, die Ernten, Tiere, Häuser und Menschenleben kosten könnte. Deshalb startete ACUDESBAL eine Kampagne, um die staatlichen Stellen zu den dringendsten Reparaturen noch vor der bald einsetzenden Regenzeit zu bewegen – und um Vorkehrungen für die nötige Nothilfe zu treffen. Das Ökubüro konnte durch Spendengelder dazu beitragen, dass die Menschen der Region zumindest einen Teil des Hochwasserschutzes neu in Stand setzen konnten.

Projekt für Kinder am Bajo Lempa

Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Regierung von Präsident Bukele sind auch in der Region Bajo Lempa viele Menschen unschuldig festgenommen worden. Angehörige verschleppter Personen berichten über Misshandlungen durch Sicherheitskräfte und willkürliche Verhaftungen. Auch Kinder sind Opfer der Repression. Wenn ihre Eltern verhaftet wurden, bleiben sie ohne jegliche Information über ihre Eltern zurück. Sie kommen bei Verwandten oder Bekannten unter oder bleiben schlicht allein zuhause. All das hinterlässt Spuren, wirkt sich auf die emotionale sowie psychosoziale Verfassung aus, erzeugt Traumata. In vielen Fällen fehlt zudem mit der Mutter und/oder dem Vater das (auch zuvor oft knappe) Einkommen.

Die Flüchtlingshilfe Mittelamerika und unter anderem unsere Partnerorganisation ACUDESBAL initiierten Projekte in der Region des Bajo Lempa de Jiquilisco und in Chalatenango, in denen Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen Krisenintervention und psychologische Hilfen für die traumatisierten Kinder und ihre Familien anbieten. Wir haben uns 2023 ausführlich über das Vorhaben informiert und planen, die von der Flüchtlingshilfe Mittelamerika und ACUDESBAL initiierten Projekte <https://www.fluechi-ma.org/seite/663118/solosno!.html> zum physischen und psychischen Schutz von Kindern, die Opfer des Ausnahmezustandes in El Salvador geworden sind, mit Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Länderbericht

Die sechsjährige Amtszeit von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) endet demnächst und hinterlässt eine wahrhaft besorgniserregende Menschenrechts- und Umweltbilanz. Mexiko gehört zu den fünf gefährlichsten Ländern der Welt für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. ⁽¹⁾ Obwohl diese Krise nicht mit dieser Regierung begann, hat sich die Menschenrechtslage während ihrer Amtszeit nicht verbessert.

Trotz Fortschritten im sozialen Bereich ist die Menschenrechts- und Umweltkrise in Mexiko tiefgreifend.

Im September 2023 legte López Obrador den fünften Bericht seiner Regierung inmitten eines komplexen politischen Kontextes eines Wahlkampfes vor. Der Schwerpunkt des Berichts lag auf den sozialen Errungenschaften und der Entwicklung der mexikanischen Wirtschaft, die trotz der kritischen Situation, die auf globaler Ebene im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie und den internationalen geopolitischen Spannungen entstanden war, Fortschritte aufweist. ⁽²⁾

Es muss jedoch betont werden, dass die Reden über die „Errungenschaften der Vierten Transformation“ ⁽³⁾ zwar ihre Berechtigung haben, dass aber in Mexiko die Straflosigkeit fortbesteht und es scheint, dass die Absichten zur Bekämpfung von Korruption und Gewalt in der kollektiven Vorstellung als eine weitere wichtige unerledigte Aufgabe verblieben sind.



Bei einer politischen Demonstration in CDMX tragen AMLO-Anhängerinnen Wahlkampfplakate, die Claudia Sheinbau mit López Obrador zeigen. Eine klare Botschaft des Übergangs.

Offizielle Daten zum sozialen Fortschritt und zu Infrastrukturprojekten.

Offiziellen Berichten zufolge ist die Armut in Mexiko zurückgegangen, basierend auf Daten aus dem Jahr 2022 ⁽⁴⁾. Die Hauptgründe für diesen Erfolg sind: die Erhöhung des Mindestlohns ⁽⁵⁾ und die Stärkung der Sozialprogramme, die sich in der Erhöhung der Rente für ältere Menschen um 10 Prozent und in der Erhöhung der Stipendien für die Grundbildung um 10 Prozent widerspiegelt ⁽⁶⁾.

Laut der Nationalen Kommission für Mindestlöhne (CONASAMI) ist davon auszugehen, dass die Zahl der in Armut lebenden Personen in Mexiko zwischen 2019 und 2022 um 23,7 Prozent gesenkt worden ist.

Trotz der Relevanz dieser Fortschritte hat die Verringerung der Armut immer noch keine tieferen und nachhaltigeren Auswirkungen auf die Strukturen, die die Ungleichheit im Land aufrechterhalten⁽⁷⁾. Diese Einschätzung spiegelt sich in den Daten wieder, die die Initiative „México cómo vamos“ in ihrer Analyse „Cómo vamos a 5 años de la Cuarta Transformación“ (Wie geht es uns 5 Jahre nach der Vierten Transformation) vorgelegt hat, in der neun zentrale Bereiche zur Bewertung der Regierung AMLO (bis 2023) untersucht wurden. Die Analyse von „México cómo vamos“ zeigt, dass 51,3 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung - ohne den landwirtschaftlichen Sektor - einer informellen Beschäftigung nachgehen, die keinen Zugang zu sozialer Sicherheit bietet.

Positiv bewertet der Bericht die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für formelle Arbeit sowie die Stärkung der nordamerikanischen Beziehungen durch das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada Juli 2020. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ist jedoch nach wie vor ein großes ungelöstes Problem auf der „Landkarte des Fortschritts“ in Mexiko.

Bei den mit rot bewerteten Punkten handelt es sich um den Index des sozialen Fortschritts (IPS)⁽⁸⁾, der Aspekte wie menschliche Grundbedürfnisse, Grundlagen des Wohlbefindens und Chancen anspricht (zwischen 2018 und 2021 haben 30 Bundesstaaten der Mexikanischen Republik an Wohlbefinden verloren).

Andererseits ist beim Zugang zu Gesundheitsdiensten eine Verschlechterung bei Themen wie Ernährung und medizinische Versorgung zu beobachten, insbesondere in Oaxaca, Campeche und Chiapas. Auf nationaler Ebene ist bei der Bildung ein Rückschlag beim Thema Zugang zu Grundkenntnissen zu verzeichnen.



„Ricos Elotes“, bietet eine junge Verkäuferin auf einer Straße in CDMX an

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Nutzung und Abhängigkeit von konventioneller Energie wie den fossilen Brennstoffen, die mehr als 69 Prozent der gesamten erzeugten Energie ausmachte. Damit ist Mexiko weit davon entfernt, seine Verpflichtungen im Bereich Umwelt und Klimawandel einzuhalten.

Im Rampenlicht stehen weiterhin die Infrastrukturprojekte, die von der Regierung López Obrador als „große Errungenschaften für den Fortschritt und die Entwicklung“ gewürdigt werden. Dazu gehören Investitionen in Projekte wie die Umgestaltung von Flughäfen, Straßen und Krankenhäusern sowie der umstrittene "Maya-Zug", ein Megaprojekt aus Schienennetz und Autobahnen, das auf einer Strecke von 1500 km die Bundesstaaten Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatán und Quintana Roo verbinden soll. Dieses Projekt ist sehr umstritten, unter anderem wegen der damit verbundenen Umweltauswirkungen, der sichtbaren Beeinträchtigung der Rechte der auf der Halbinsel Yucatán lebenden indigenen Gemeinschaften, der zunehmenden Unsicherheit und der Gefährdung von Menschenrechtsverteidiger*innen, der Militarisierung, der Gefährdung von Migrant*innen, die gezwungen sind, auf ihrem Weg zur Nordgrenze Mexikos und der Vereinigten Staaten Teile dieser Region zu durchqueren, sowie der Einmischung transnationaler Unternehmen⁽⁹⁾.

Worin spiegelt sich die Menschenrechtskrise in Mexiko wider?

Zweifellos spiegelt sich die Menschenrechtskrise in der hohen Zahl an Verschwundenen (mehr als 110.000 Personen)⁽¹⁰⁾ wider; und in der mangelnden Effizienz der staatlichen Stellen, die Kollektive von Angehörigen und suchenden Müttern in verschiedenen Bundesstaaten der mexikanischen Republik bei ihrer Suche zu unterstützen⁽¹¹⁾. Ein weiteres Indiz ist die forensische Krise, die sich in den mehr als 50.000 nicht identifizierten Leichen und menschlichen Überresten, angesammelt in Leichenhallen und Massengräbern, offenbart⁽¹²⁾. Ferner sind zu nennen: die Kriminalisierung und Ermordung von Verteidiger*innen ihrer Territorien (allein im Jahr 2023 wurden 20 Verteidiger*innen wegen ihrer Arbeit ermordet); die zunehmende Vertreibung ganzer Gemeinden aufgrund der bewaffneten Gewalt zwischen den Drogenkartellen und des Streits um die territoriale Kontrolle (der Fall Chiapas, der in dem Bericht "Chiapas un desastre" von FRAYBA, Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas), klar erklärt wird⁽¹³⁾; die Langsamkeit und Ineffizienz der Ermittlungs- und Strafrechtsprozesse⁽¹⁴⁾; die Ver-

schlechterung der Umweltbedingungen, die das Leben, die Gesundheit und die Eigendynamik der ländlichen und indigenen Gemeinden beeinträchtigt, sowie die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen.



¡Mexico Femicida! steht auf diesem Plakat im Zentrum von CDMX, vor einem Denkmal gegen Gender-Gewalt.

Im Jahr 2023 wurden in Mexiko 827 Fälle von Femizid registriert, 13 Prozent weniger als im Jahr 2022.⁽¹⁵⁾ Ein leichter Rückgang in einem Land, in dem durchschnittlich zehn Frauen, Mädchen und Jugendliche pro Tag ermordet werden.⁽¹⁶⁾



Gerechtigkeit! Dies ist einer der häufigsten Rufe auf den Plakaten von Angehörigen der Opfer des Verschwindenlassens in Mexiko.

Weitere Formen der Gewalt, die das Leben von Frauen in Mexiko beeinträchtigen, sind sexuelle Gewalt, Verschwindenlassen und Frauenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Laut REDIM (Red de los Derechos de la Infancia en México) ist der Handel mit Personen im Alter von 0 bis 17 Jahren ein Verbrechen, das hauptsächlich Frauen betrifft, die in 74,1 Prozent der auf nationaler Ebene zwischen 2015 und 2023 gemeldeten Fälle die Opfer sind. (...) Die Bundesstaaten mit den meisten Fällen von Menschenhandel mit Personen im Alter von 0 bis 17 Jahren zwischen Januar und August 2023 waren der Bundesstaat

Mexiko mit 65 Fällen, Mexiko-Stadt mit 61 Fällen und Quintana Roo mit 37 Fällen.

Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und indigene Gemeinschaften, die besonders gefährdet und anfällig sind

In Mexiko ist die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltschützer*innen und Journalist*innen ständig bedroht. Nach Angaben von UN-HR Mexiko wurden zwischen Januar 2019 und September 2023 mindestens 41 Journalist*innen, sechs Medienschaffende und 91 Menschenrechtsverteidiger*innen im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet, dazu kommen 13 Verschwundene (acht Menschenrechtsverteidiger*innen und fünf Journalist*innen)⁽¹⁷⁾.

Im Mittelpunkt dieser Gewalt stehen vor allem indigene Gemeinschaften, die ihr Recht auf Land, Territorium und Selbstbestimmung einfordern, heißt es in einem Bericht von Espacio OSC⁽¹⁸⁾.

Andererseits zeigt die Untersuchung "Defensores desaparecidos"⁽¹⁹⁾, die von den journalistischen Initiativen Quinto Elemento Lab, A Dónde van los desaparecidos und Mongabay Latam durchgeführt wurde, dass das gewaltsame Verschwindenlassen in Mexiko als eine Form der Gewalt gegen Umwelt- und Territorialverteidiger*innen zunimmt: "93 Umwelt- und Territorialverteidiger*innen sind in Mexiko Opfer des Verschwindenlassens geworden; 39 von ihnen konnten nicht ausfindig gemacht werden, 36 wurden tot und nur 18 lebend gefunden. Diese Daten beziehen sich auf den Zeitraum zwischen 2006 (Zeit der Regierung Felipe Calderón und des so genannten Krieges gegen die Drogen) und 2023⁽²⁰⁾.

Unter den jüngsten Fällen von gewaltsam verschwundenen Umweltschützern erinnern wir an die Fälle des Rechtsanwalts Ricardo Lagunes Gasca und des Lehrers und Indigenen Antonio Díaz Valencia, die im Januar 2023 in Cerro de Ortega, Gemein-



Bildschirmfoto. Auf dem Bild Ricardo Lagunes und Antonio Díaz.

de Tecomán, Colima, verschwanden. Sie kämpften vor Gericht für das Recht der Bauerngemeinde San Miguel de Aquila in Michoacán, sich zu organisieren und "von der Bergbaufirma Ternium eine gerechte Bezahlung für den Eisenerzabbau zu fordern, den sie seit den 1990er Jahren im Gebiet von San Miguel Aquila betreibt, und zu verhindern, dass sich die Bergbautätigkeit auf andere Gebiete in der Region ausweitet"⁽²¹⁾.

Die Verschlechterung der Umwelt- und Gesundheitssituation in Mexiko ist zweifellos eines der komplexesten Probleme, weil es so viele verschiedene Aspekte umfasst. Die schwerwiegenden Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, die in Gebieten leben, die als "Industrieölle" bekannt sind, sind ein Thema, das allmählich auf die öffentliche Agenda rückt.

Bis Ende 2023 wurden in ganz Mexiko 60 Regionen mit Sanitär- und Umweltnotstand (RESA, Regiones de Emergencia Sanitaria y Ambiental) ermittelt. Eine dieser 60 Regionen befindet sich in Tlaxcala und Puebla, wo wissenschaftlich nachgewiesen wurde, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Auftreten tödlicher Krankheiten in der Bevölkerung und der Verschmutzung von Wasser, Luft und Anbauflächen durch die Industrie und industrielle Landwirtschaft gibt. Dieses Problem wird im "Ersten strategischen Bericht zum Verständnis der sozio-ökolo-



Einer der Flußteile des Atoyac in Tlaxcala. Die Industrie entsorgt giftige Abfälle in seine Gewässer.

gischen Probleme der Sanitär- und Umweltsanierungsregion des Alto Atoyac-Beckens"⁽²²⁾ wissenschaftlich behandelt, einer von CONAHYCT (Nationaler Rat für Geisteswissenschaften, Wissenschaft und Technologie) durchgeführten Untersuchung. Die ersten 60 identifizierten RESAs, die auch als "Umwelt- und Industrielöcher" bezeichnet werden, befinden sich in den nördlichen, nordpazifischen, das Bajío, zentralen und südöstlichen Bundesstaaten des Landes.

Der nächste Schritt für Mexiko: Präsidentschaftswahlen 2024

Zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Berichts steht ein Ereignis vor der Tür, das den Kurs Mexikos in den nächsten sechs Jahren prägen wird: Mexiko bereitet sich darauf vor, den Nachfolger des populären Präsidenten Andrés Manuel López Obrador zu wählen, dessen Amtszeit auf sechs Jahre begrenzt ist.



Claudia Sheinbaum Wahlplakat. Die Aufnahme entstand im Juni 2023 in Mexiko-Stadt, inmitten einer großen öffentlichen Kundgebung.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die nächste Staatsoberhaupt eine Frau sein wird, denn die führende Kandidatin, die ehemalige Regierungschefin von Mexiko-Stadt, Claudia Sheinbaum ((Allianz zwischen: MORENA, Partido del Trabajo (PT) und Partido Verde Ecologista de México (PVEM)), liegt deutlich vor ihrer stärksten Gegnerin von der Opposition, Xóchitl Gálvez (Fuerza y Corazón por México (Koalition: PAN, PRI und PRD)).

Die Tatsache, dass in Mexiko eine Frau Präsidentin wird, ist zweifellos von politischer und historischer Bedeutung. Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme des Landes sind jedoch keine Geschlechterfrage. Die Tendenz zur Kontinuität, zur politischen Praxis und zu einer Regierung mit populistischen Untertönen ist keine Garantie für die Überwindung der vorherrschenden Menschenrechtskrise in Mexiko.

(1) Siehe Bericht von Human Rights Watch unter: <https://www.hrw.org/es/world-report/2023/country-chapters/mexico>

- (2) Siehe Präsentation des Berichts unter: https://www.youtube.com/live/foiELIV-PVz0?si=I2lehX8guFv_dvnQ
- (3) Die "4T" ist eine Abkürzung, die auf die "Vierte Transformation" (Cuarta transformación) in Mexiko verweist. Dieser Begriff wurde von Präsident Andrés Manuel López Obrador und seiner politischen Bewegung geprägt, um ihre Regierungsagenda und ihre Ziele der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transformation im Land zu beschreiben. Die Vierte Transformation wird als eine historische Fortsetzung von drei früheren Transformationen in der Geschichte Mexikos dargestellt: 1. Die Unabhängigkeit Mexikos (1810-1821). 2. Die Reform (1857-1861), die bedeutenden Veränderungen in der politischen und sozialen Struktur sowie die Trennung von Kirche und Staat umfasste. 3. Die Mexikanische Revolution (1910-1917), die eine Periode des bewaffneten Kampfes und tiefgreifende politische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen in Mexiko war.
- Nach López Obrador zielt die Vierte Transformation darauf ab, Korruption zu bekämpfen, Ungleichheit zu reduzieren, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Lebensbedingungen für alle Mexikaner zu verbessern. Einige der wichtigsten Politiken und Prioritäten der 4T umfassen die Umsetzung von Sozialprogrammen, den Kampf gegen Korruption, die Stärkung der nationalen Wirtschaft und die Förderung der Energieautarkie.
- (4) Siehe: <https://www.coneval.org.mx/Medicion/paginas/pobrezainicio.aspx>
- (5) Der Mindestlohn, der 2018 bei 88,36 Pesos pro Tag lag, wird 2023 bei 172,87 Pesos pro Tag liegen. Siehe unter: <https://expansion.mx/opinion/2023/08/30/logros-y-criticas-del-gobierno-de-amlo-y-el-cierre-de-sexenio>
- (6) Siehe Analyse "México cómo vamos": <https://mexicocomovamos.mx/publicaciones/2023/06/como-vamos-a-5-anos-de-la-cuarta-transformacion/>
- (7) Patrón, Mario in La Jornada: <https://www.jornada.com.mx/notas/2023/09/07/politica/cinco-anos-de-gobierno-un-balance/>
- (8) Der Index des sozialen Fortschritts (SPI) ist ein ganzheitliches Maß für die soziale Leistung eines Landes und von wirtschaftlichen Faktoren unabhängig. Er versucht nicht, wirtschaftliche Indizes zu ersetzen, sondern sie zu ergänzen. Siehe unter: <https://mexicocomovamos.mx/publicaciones/2023/06/como-vamos-a-5-anos-de-la-cuarta-transformacion/>
- (9) Das Ya Basta Netzwerk in Deutschland hat eine kritische Untersuchung über die Rolle deutscher Unternehmen im Tren Maya Projekt und die Menschenrechts- und Umweltauswirkungen dieses Megaprojekts durchgeführt. Siehe unter: <https://www.ya-basta-netz.org/tren-maya-made-in-germany-espanol/>
- (10) Fälle von Verschwindenlassen sind in Mexiko seit den 1960er Jahren bekannt. Der Höhepunkt dieser schweren Menschenrechtsverletzung wurde während des sogenannten Drogenkrieges unter der Regierung von Felipe Calderón erreicht. Achtzig Prozent der bis Ende 2023 gemeldeten Fälle von Verschwindenlassen ereigneten sich seit 2006.

Siehe die Untersuchung Fragmente von Marcel Turati in Quinto Elemento Lab. (2022): <https://quintoelab.org/fragmentos/cien-mil-despariciones-mexico/>

- (11) Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Bewegung für unsere Verschwundenen in Mexiko: <https://movndmx.org/>
- (12) Weitere Informationen auf der Website des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (Veröffentlichung vom 05. 07.2023): <https://www.icrc.org/es/document/mexico-el-cicr-llama-fortalecer-los-esfuerzos-para-la-identificacion-de-personas-fallecidas>
- (13) Siehe: <https://www.frayba.org.mx/>
- (14) Laut Human Rights Watch werden in Mexiko "etwa 90 Prozent der Verbrechen nie gemeldet, ein Drittel der gemeldeten Verbrechen wird nie untersucht, und weniger als 16 Prozent der Untersuchungen werden "gelöst" (vor Gericht, durch Schlichtung oder mit irgendeiner Form von Wiedergutmachung), was bedeutet, dass die Behörden nur etwas mehr als 1 Prozent aller 2021 begangenen Verbrechen gelöst haben, so die offizielle Statistikbehörde". Siehe Bericht unter: <https://www.hrw.org/es/world-report/2023/country-chapters/mexico>
- (15) Siehe REDIM-Berichte in Mexiko: <https://blog.derechosinfancia.org.mx/2023/11/22/feminicidio-de-ninas-y-adolescentes-en-mexico-a-octubre-de-2023/>
- (16) Siehe: <https://www.infobae.com/america/agencias/2024/01/25/los-feminicidios-en-mexico-bajan-un-1376-en-2023-hasta-los-827/>
- (17) Siehe UNHCHR-Bericht über Mexiko vom Dezember 2023, unter: <https://mexico.un.org/es/255871-onu-dh-informe-sobre-buenas-practicas-y-desafios-en-la-investigación-de-9-casos-de-delitos>
- (18) Espacio OSC ist der Espacio de Organizaciones de la Sociedad Civil para la Protección de Personas Defensoras de Derechos Humanos y Periodistas, der sich aus mexikanischen und internationalen Organisationen zusammensetzt, die in Mexiko tätig sind, um gemeinsame Strategien für den Schutz des Rechts auf Verteidigung der Menschenrechte und die Ausübung der Meinungsfreiheit im Land zu entwickeln. Siehe mehr: <https://espacio.osc.mx/sobre-espacio-osc/>
- (19) Siehe die Website von Quinto Elemento Lab: <https://quintoelab.org/project/especial-defensores-territorio-ambiente-desaparecidos>
- (20) Siehe den vollständigen Bericht in Mongabay Latam (Oktober 2023): <https://es.mongabay.com/2023/10/a-estas-personas-las-desaparecieron-por-defender-el-ambiente-y-territorio-en-mexico/>
- (21) Weitere Informationen zu diesem Fall unter: <https://www.frontlinedefenders.org/es/case/disappearance-human-rights-defenders-antonio-diaz-valencia-and-ricardo-arturo-lagunes-gasca>
- (22) Siehe den Bericht: <https://cdn.conahcyt.mx/enis/toxicologia/resa-atoyac/inicio/descargables/informe-caa.pdf>

Aktivitäten zu Mexiko

Begleitung des Umweltaktivisten León Ávila Romero im Rahmen des Programms der Elisabeth-Selbert-Initiative⁽¹⁾

(Februar bis November 2023)

Wir trafen den Umweltverteidiger und Universitätsprofessor León Enrique Ávila Romero⁽²⁾ im Jahr 2021 inmitten eines Gemeindetreffens mit dem “Rat zur Verteidigung der Feuchtgebiete in San Cristóbal de las Casas, Chiapas” (Consejo de defensa de los humedales en San Cristóbal de las Casas, Chiapas). Das Treffen wurde von SERAPAZ (Servicios y Asesorías para la Paz A.C.) organisiert, um eines der Feuchtgebiete zu besichtigen und den Frauen und Männern der Gemeinden zuzuhören, die die Verteidigung und den Schutz der Feuchtgebiete La Kist und María Eugenia in diesem Gebiet Mexikos anführen.⁽³⁾



Bei Besuchen von SoLaWi-Projekten in Bayern und Sachsen während des Aufenthaltes von León Ávila.

León Ávila Romero ist Umweltschützer, Aktivist und Akademiker. Er kämpft gleichermaßen auf der Straße, in zivilgesellschaftlichen Foren, in informellen Gesprächen, auf Konferenzen und in akademischen Publikationen. Er verteidigt Wasser und geschützte Naturgebiete, setzt sich für alternative Modelle ein, um den ökologischen Kollaps aufzuhalten, kritisiert im öffentlichen Raum das neokolonisierende extraktivistische Modell und die Freihandelsabkommen, die die Ausplünderung des globalen Südens legalisieren.

In diesem Zusammenhang kam León Ávila Romero und seine Frau Jeyma Miller Anfang 2023 für einen vorübergehenden Aufenthalt als Stipendiat im Rahmen des Programms der Elisabeth-Selbert-Initiative

(ESI) der Bundesregierung zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen nach Deutschland. Das Ökubüro hat in Zusammenarbeit mit der ESI den Stipendiaten neun Monate lang während seines Aufenthaltes in Deutschland begleitet.

Für uns als gastgebende Organisation im Rahmen des ESI-Programms hat die Erfahrung viele Lehren, Herausforderungen und

Verpflichtungen mit sich gebracht. Sie ermöglichte es uns, die Dimension von Gewalt und Unterdrückung, die Menschenrechtsverteidiger*innen in Lateinamerika erfahren, besser zu verstehen und zweifellos unsere Solidarität und Verpflichtung zu bekräftigen, uns weiterhin für die Verteidigung der Rechte von Menschen und Gemeinschaften einzusetzen, die sich in einer Situation der Gefährdung, Ungerechtigkeit und Verfolgung befinden. Wir schätzen das unermüdliche Engagement von León Ávila Romero als Umweltaktivist sowie sein Wissen und seine Beiträge als Wissenschaftler und Forscher sehr.

Wir danken allen Organisationen, Kollektiven und Einzelpersonen in Deutschland, die León Ávila Romero während seines Aufenthaltes in Deutschland unterstützt haben.

Mit der Autorin und Journalistin Kathrin Zeiske gingen wir durch "Ciudad Juárez: Alltag in der gefährlichsten Stadt der Welt".

Veranstaltungsort: Bellevue di Monaco (München) am 27.07.2023, Projekt: Perspectivas Diversas (PDIV)

Ende Juli 2023 organisierten wir im Rahmen des Projekts Perspectivas Diversas eine Diskussion mit der deutschen Autorin und Journalistin Kathrin Zeiske, die im Rahmen ihrer Deutschlandtournee nach München kam, um ihr Buch "Ciudad Juárez: Alltag in der gefährlichsten Stadt der Welt" vorzustellen.

Wie sieht das Leben in einer Stadt an der Grenze zwischen den USA und Mexiko aus? Mit dieser Frage begann die Diskussion mit der Autorin Kathrin Zeiske. Sie brachte uns zwischen der Lesung von Teilen ih-



Mit León Ávila Romero in Berlin bei einem Treffen mit Vertreterinnen des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko



Mit der Autorin und Journalistin Kathrin Zeiske bei der Präsentation ihres Buches Ciudad Juárez.

res Buches und einer Projektion von Fotografien, die ihr Werk ausmachen, den Alltag der Frauen in Ciudad Juárez und die Gewalt, die sie erleben, näher: Femizide, die Ökonomie der Ausbeutung in den Maquilas, der Handel mit Frauen zum Zweck der Arbeit und der sexuellen Ausbeutung, die Folgen des Krieges zwischen den Drogenkartellen in dieser Region Mexikos auf die Körper und Territorien von Frauen und Dissidenten (FLINTA).

Kathrin Zeiske sprach über den Alltag, über die Erfahrungen und Initiativen der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene, um der Gewalt entgegenzuwirken, über Frauen und Mütter, die nach Vermissten suchen, sowie über die Kultur und Ästhetik, die diese Grenzstadt prägen.

Eine ausführliche Dokumentation der Veranstaltung ist auf unserer Website verfügbar.⁽⁴⁾

Für die Unterstützung danken wir Aluna Minga e.V. und dem Bellevue di Monaco in München.

Premiere des Dokumentarfilms "Cartas para un porvenir" und Diskussion

Anlässlich des Internationalen Tages der Opfer des Verschwindenlassens am 30.08. fand eine Online-Podiumsdiskussion und Präsentation des Dokumentarfilms "Briefe für eine Zukunft" ("Cartas para un porvenir", 2023, Mexiko) über das Verschwindenlassen von Kindern und Jugendlichen in Mexiko, in Zusammenarbeit mit der Koalition gegen das Verschwindenlassen statt.⁽⁵⁾

"Briefe für eine Zukunft" ist der erste Dokumentarfilm seiner Art, der auf sensible und kritische Weise die Erfahrungen der Familien derje-

nigen, die als Minderjährige verschwunden sind, oder derjenigen, die unter den Folgen dieses Verschwindens leiden, aufarbeitet und weitergibt.

Die von Christiane Schulz (vom Verein Partner Süd Mexikos e.V.) moderierte Podiumsdiskussion bot die Möglichkeit, den Meinungen und Informationen der eingeladenen Expert*innen zuzuhören: María Luisa Núñez Barojas, Gründerin des Colectivo Voz de los Desaparecidos en Puebla, Itzell Sánchez Martínez, Mitglied der Organisation Técnicas Rudas und Koordinatorin des Projekts Narrativas de la Memoria y la desaparición en México, und Dr. Grażyna Baranowska, Mitglied der UN-Arbeitsgruppe für das gewaltsame oder unfreiwillige Verschwindenlassen.

Die Online-Veranstaltung, an der 46 Personen teilnahmen, war der Anlass, die Karawane "Narrative von unten: Geschichten und Erinnerungen des Verschwindens in Mexiko" ("Narrativas desde abajo: Historias y memorias de la desaparición en México") anzukündigen.



Screenshot VA 30.08.23 mit Christiane Schulz Partner Süd Mexikos e.V.), María Luisa Núñez Barojas, Colectivo Voz de los Desaparecidos en Puebla, Itzell Sánchez Martínez, Organisation Técnicas Rudas und Dr. Grażyna Baranowska, UN-Arbeitsgruppe für das gewaltsame oder unfreiwillige Verschwindenlassen.

Karawane in Deutschland: "Narrative von unten: Geschichten und Erinnerungen des Verschwindens in Mexiko" mit den Kollektiven Voz de los Desaparecidos en Puebla und Técnicas Rudas.

"Lasst mich euch sagen, damit die Spuren nicht vom Wind verweht werden ... Erhebt eure Stimme mit den Großmüttern, Müttern, Schwestern und Tanten, bis ihr sie findet" (aus dem Lied Yolpaquilistl, Kollektive Autorenschaft der suchenden Familien von Puebla).

Zwischen dem 22. September und dem 12. Oktober 2023 reisten wir in sechs Städte in Deutschland, um gemeinsam mit María Luisa Núñez Barojas vom Colectivo Voz de los Desaparecidos in Puebla, Itzell Sánchez Martínez und Arturo Muñoz Rodríguez vom Colectivo Técnicas Rudas über den Kampf und die Arbeit der Kollektive der Angehörigen von Verschwundenen in Mexiko zu sprechen.⁽⁶⁾

Die Karawane "Narrative von unten: Geschichten und Erinnerungen des Verschwindens in Mexiko" machte in Berlin, Leipzig,



Arturo Muñoz, Itzell Sánchez und María Luisa Núñez bei uns im Oekubuero zum Abschied von der Rundreise durch Deutschland

Hamburg, München, Nürnberg und Hannover Halt, um das Zeugnis von María Luisa Núñez, einer suchenden Mutter (Madre buscadora) und Gründerin des Colectivo Voz de los Desaparecidos en Puebla, eines Kollektivs aus 100 Familien aus dem Bundesstaat Puebla, die alle die gleiche Geschichte, nämlich die Suche nach einem geliebten Menschen, der verschwunden ist, zu teilen.

Während der Karawane wurden Workshops und Vorträge zur aktuellen Menschenrechtssituation in Mexiko angeboten. In jeder Stadt konnten die Teilnehmenden interagieren und sich mit dem Thema des Verschwindenlassens in Mexiko auseinandersetzen, indem sie eine Ausstellung zum Thema Erinnerung und Resilienz besuchten. Diese bestand aus etwa 20 kleinen Stoffpuppen und Tüchern, die mit den Namen der Verschwundenen sowie den Daten und Orten ihres Verschwindens bestückt waren. Alle diese Stücke wurden von Angehörigen hergestellt, die in verschiedenen Bundesstaaten Mexikos Angehörigenkollektive bilden, um an ihre verschwundenen Verwandten zu erinnern

und sie zu ehren, aber auch um diese schwere Menschenrechtsverletzung anzuprangern.

Die Ausstellung zeigte auch eine Auswahl von Postern mexikanischer Künstler*innen, die mit ihrer Kunst ein kritisches Zeugnis für die Tragödie des gewaltsamen Verschwindenlassens ablegen. An die Wände wurde eine Reihe von Fotografien projiziert, die in Großaufnahme die Gesichter von versammelten Familien zeigen, die kleine Plakate mit dem Foto ihres verschwundenen Angehörigen in den Händen halten. Bilder von Familien aus 10 Bundesstaaten der mexikanischen Republik, die uns

sagen: "Seht mich an" ("Mirame"), während eine Reihe von Liedern, die sie selbst komponiert haben, von der Stimme und der Gitarre von Arturo Muñoz, Musiker und Pädagoge des Projekts „Narrativas y Memorias de la Desaparición en México“ und Mitglied von Técnicas Rudas interpretiert wurden.



Während des Workshops und Vortrags am Michaeli Gymnasium in München. Über 40 Jugendliche wurden über das Verschwindenlassen in Mexiko und die Arbeit der „Madres buscadoras“ informiert.

Was suchen die Kollektive der Angehörigen von Verschwundenen in Mexiko in einem Land wie Deutschland?

Es gibt viele Antworten, und eine davon hat María Luisa Núñez Barojas an jedem Ort gegeben, den wir mit der Karawane erreichten: "Was wir mit dieser Karawane wollen, ist, unsere Suche auf diese Seite der Welt zu bringen. Wir wollen dem Rest der Welt erzählen, was in Mexiko passiert. Die Suche ist nicht nur in den Massengräbern oder in den Leichenhallen, die Suche ist auch die Hoffnung, sie lebend zu finden. Deshalb bedeutet die Suche nach einem verschwundenen geliebten Menschen für die Familien auch, ein T-Shirt mit dem Gesicht und dem Namen einer verschwundenen Person zu tragen, einen Dokumentarfilm im Kino zu sehen, zwischen Plakaten herumzulaufen und eine Ausstellung mit Stoffpuppen zu besuchen, die von einer Mutter, einer Schwester, einer Frau, einer Tochter eines verschwundenen Menschen angefertigt wurden. Das ist auch die Suche. Das gewaltsame Verschwinden von Menschen ist nicht nur ein Problem in Mexiko. Es ist etwas, das uns alle auf die eine oder andere Weise berührt".



Maria Luisa, Gründerin des Colectivo Voz de los desaparecidos in Puebla, neben dem Wandbild, das während der Rundreise in Hannover entstand.

Der Kampf der Kollektive der suchenden Familien in Mexiko ist auch ein Kampf gegen Gleichgültigkeit und Vergessen, gegen etablierte und legitimierte Straflosigkeit. Es ist ein Kampf gegen diejenigen, die die Bedingungen für grausame Praktiken wie das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen schaffen.

Laut dem jüngsten Bericht des UN-Ausschusses für das Verschwindenlassen von Personen (CED, Committee on Enforced Disappearances) sind in Mexiko seit 1962 mehr als 110.000 Menschen verschwunden, und mehr als 50.000 Leichen oder menschliche Überreste sind noch nicht identifiziert. Trotz gewisser Fortschritte ist das Verschwindenlassen von Menschen in

Mexiko nach wie vor ein weit verbreitetes und äußerst ernstes Problem. Das Fehlen einer nationalen Politik zur Bewältigung dieses Problems schafft die Voraussetzungen für die Straffreiheit, die im mexikanischen Fall nahezu absolut ist.

Die Karawane umfasste auch die Vorführung des Dokumentarfilms "Cartas para un Porvenir", der sich mit der Realität des Verschwindens von Kindern in Mexiko beschäftigt. Im Bewusstsein der Härte dieses Themas wurde nach der Vorführung des Dokumentarfilms ein Raum eröffnet, in dem Gespräche geführt, Fragen gestellt, Überlegungen ausgetauscht und in gewisser Weise die Auswirkungen des Sehens und Hörens der im Dokumentarfilm behandelten Geschichten verarbeitet werden konnten.



Aktion vor der mexikanischen Botschaft in Berlin zum Gedenken an die verschwundenen Studenten im Fall Ayotzinapa.

Die Karawane "Narrative von unten: Geschichten und Erinnerungen des Verschwindens in Mexiko" hinterließ drei Wandge-

mälde auf Papier, die von der mexikanischen Künstlerin Mary Lechuga vom Kollektiv Técnicas Rudas als Erinnerung an die Reise durch Deutschland gestaltet wurden.

Unter den Advocacy-Aktionen ist das Treffen in Hamburg zwischen María Luisa Núñez Barojas vom Colectivo Voz de los Desaparecidos de Puebla und Maximilian Murck vom UNFPA (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen) hervorzuheben, der für das von der deutschen Regierung unterstützte forensische Identifizierungsteam in Mexiko verantwortlich ist. Dieses Treffen ist ein wichtiger Schritt für die suchenden Mütter von Puebla, denn es ermöglicht ihnen, auf internationaler Ebene an die Türen der Institutionen zu klopfen und Möglichkeiten zu schaffen, um bei der Suche und Identifizierung von Tausenden von Toten voranzukommen.

Eine Karte mit sechs Orten in Deutschland, Hunderten von Menschen und Solidaritätskollektiven rund um das Thema Verschwindenlassen in Mexiko.

Diese Seiten reichen nicht aus, um die Erlebnisse der Karawane im Detail zu schildern, um die zahlreichen Unterstützungen zu würdigen, die wir erhalten haben, die umfassenden Reflexionen, die dieses Projekt bei uns hinterlassen hat, die Perspektiven, die sich eröffnet haben.

Es bleibt uns, den Organisationen, Kollektiven und Einzelpersonen zu danken, die in den verschiedenen Städten Gastgeber der Karawane und Mitorganisatoren von Aktivitäten waren: In Berlin dem Filmfestival "Ojo al Sancocho", dem K19 und der DW Akademie; in Leipzig dem Verein Partner Südmexikos e.V. und dem feministischen und queeren Kongress "Stronger Together"; in Hamburg IN-IMEX, Zapapres e.V. und B-Movie, in München und Nürnberg Pacta Servanda e.V., Michaeli Gymnasium, Ligsalz, Olga Park, den Lateinamerikanischen Filmtagen München, La Fita, Radio Lora und Podcast Latinotopia; in Hannover Colectivo Ventana al Sur, ASTA und Red Rebeldía, sowie der Deutschen

Menschenrechtskoordination
und der Koalition
Mexiko
gegen



Aktion in München auf dem Professor-Huber-Platz

Verschwindenlassen.

¡La lucha sigue! ¡Hasta encontrarles!

Online-Diskussion: Dialog über Gewalt, Widerstand und Rechte: Frauen und Dissidenz in Mexiko. Ein Blick auf Tlaxcala und Oaxaca.

Am 20. Dezember 2023 | Projekt: Perspectivas Diversas (PDIV)

Erika Lili Díaz Cruz vom Kollektiv Luna del Sur in Oaxaca, Marisol Flores García und Margarita Sánchez Cruz vom Zentrum Fray Julián Garcés in Tlaxcala waren unsere Gäste in der letzten Veranstaltung 2023 in der Reihe "Perspectivas Diversas".

Die Diskussion drehte sich um die Realität der Gewalt, die Frauen und Dissidenz (FLINTA) in Mexiko erleben und erleiden, einem Land, in dem laut UN Women täglich durchschnittlich 10 Frauen aus geschlechtsspezifischen Gründen ermordet werden (Daten aus dem Jahr 2022)⁽⁷⁾, und laut der Nationalen Erhebung über die Beziehungsdynamik in Haushalten (2021) haben 70,1 Prozent der Frauen ab 15 Jahren im Laufe ihres Lebens mindestens eine Gewaltsituation erlebt⁽⁸⁾.

Marisol Flores García und Margarita Sánchez Cruz vom Menschen-



Screenshot aus der Online-Diskussion zum Thema „Gewalt, Widerstand und Rechte: Frauen und Dissidenz in Mexiko“. Auf dem Foto Margarita Sánchez vom Zentrum Fray Julián Garcés in Tlaxcala (Mexiko)

rechtszentrum Fray Julián Garcés in Tlaxcala⁽⁹⁾ berichteten über die Ergebnisse der vom Menschenrechtszentrum Fray Julián Garcés durchgeführten Untersuchung zum Thema "Frauen- und Mädchenhandel zu sexuellen Zwecken in Tlaxcala. Straflosigkeit durch die Regierung

und Aktionen der Bürger für die Interessenvertretung und Prävention"⁽¹⁰⁾

Erika Lili Díaz Cruz vom Kollektiv Luna del Sur in Oaxaca⁽¹¹⁾ analysierte die strukturellen Ursachen der geschlechtsspezifischen Gewalt in Mexiko und ging dabei auch näher auf den Kontext in Oaxaca ein, wo sich laut Erika Díaz Cruz "eine Reihe von Problemen in der Region konzentrieren, die sich direkt auf die Körper der Frauen und die Kinder auswirken".

Für Erika Lili Díaz Cruz bedeutet die Umsetzung einer Reihe von Megaprojekten in Oaxaca, deren Ziel die Kommerzialisierung von Territorien (nicht nur von Land, sondern auch von Frauenkörpern) ist, dass der Kontext der Intersektionalität berücksichtigt werden muss, wenn man sich mit Fragen zu Frauen und Dissidenz befassen will.

Die Podiumsdiskussion wurde im Webinar-Format abgehalten und per Streaming in den sozialen Medien übertragen. Sie ist weiterhin auf der Facebook-Seite des Ökumenischen Büros und auf der Website zu sehen.⁽¹²⁾ Besonderer Dank geht an Pacta Servanda e.V. und die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko für ihre Unterstützung.

Aktivitäten mit Blick auf 2024

Im Jahr 2024 werden wir weiter daran arbeiten, das Bewusstsein und die Sichtbarkeit für drei Themen zu erhöhen: das Verschwindenlassen von Personen in Mexiko, die Umweltzerstörung, wobei wir uns auf Beispiele des Widerstands von Gemeinschaften und die Verantwortung von Unternehmen auf nationaler und transnationaler Ebene konzentrieren werden, sowie die Rechte und Erfahrungen der kollektiven Arbeit von Frauen und Dissidenz (FLINTA).

Wir werden das Format von kreativen Workshops für Jugendliche in Deutschland erproben, um die Menschenrechtssituation und insbesondere das Thema des Verschwindenlassens in verschiedenen Ländern zu thematisieren. Die Workshops werden in Zusammenarbeit mit dem Performance-Künstler aus Kolumbien Jorge Hidalgo durchgeführt werden.

Zum anderen werden wir eine Rundreise durch verschiedene Städte in Deutschland unternehmen, um die Problematik der Umwelt- und Gesundheitszerstörung in zwei Regionen Mexikos zu thematisieren. Dabei werden wir uns auf gemeinschaftliche Praktiken des Widerstands gegen die Zerstörung konzentrieren und die Verantwortung von Unternehmen und Industrie für diese Katastrophe analysieren. Mit dabei sein werden Alejandra Méndez Serrano, Leiterin des Centro Fray Julián Garcés in Tlaxcala, und Alan Carmona vom Colectivo Un Salto

de Vida aus El Salto in Jalisco.

Wir laden alle ein, die sich beteiligen und Ideen einbringen möchten, um diesen Weg gemeinsam weiterzugehen.

- (1) Weitere Informationen über das Programm der Elisabeth-Selbert-Initiative (ESI) sind auf der folgenden Website zu finden: <https://www.ifa.de/foerderungen/elisabeth-selbert-initiative/>
- (2) León Enrique Ávila Romero ist Mexikaner, Vollzeitprofessor und Forscher im Studiengang Nachhaltige Entwicklung, Agrarökologie und im Aufbaustudiengang Soziale und Solidarische Ökonomie an der Interkulturellen Universität von Chiapas (UNICH). Er ist Mitglied des Rates für den Schutz der Feuchtgebiete in San Cristóbal de las Casas, Chiapas, und des konsolidierten akademischen Gremiums "Patrimonio, territorio y desarrollo en la frontera Sur de México". Mitglied des Nationalen Systems der Forscher – Nationaler Rat für Wissenschaft und Technologie von Mexiko, SNI-CONACYT und SEI Cocytch, Staatliches System der Forscher in Mexiko.
Eine seiner Forschungsarbeiten zu Umweltfragen "Alternativen zum sozial-ökologischen Kollaps aus Lateinamerika" ("Alternativas al colapso Socioambiental desde América Latina") (2020): https://www.academia.edu/48107382/Avila_romero_alternativas_alcolapso_socioambientaldesde_america_latina
- (3) Siehe Bericht über Bergfeuchtgebiete auf der Website von Mongabay: <https://es.mongabay.com/2022/02/mexico-la-defensa-ciudadana-de-los-ultimos-humedales-de-san-cristobal-de-las-casas/>
- (4) Siehe die Dokumentation der Veranstaltung auf unserer Website: <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/27-juli-2023-ciudad-juarez-alltag-in-der-gefaehrlichsten-stadt-der-welt.html>
- (5) Siehe Informationen über das Panel: <https://gewaltsames-verschwindenlassen.de/feature/briefe-fuer-eine-zukunft-kindheit-und-verschwindenlassen>
- (6) Ein Bericht über die Karawane auf dem Journalistenportal Underground: <https://undergroundperiodismo.com/no-se-lo-buscaron-ni-fue-su-culpa-desaparecidos-en-mexico/>
- (7) Siehe hier: https://mexico.unwomen.org/sites/default/files/2022-12/infografias%202022_feminicidio.pdf
- (8) Siehe Ergebnisse des INEGI-Berichts 2021: https://www.inegi.org.mx/contenidos/programas/endireh/2021/doc/nacional_resultados.pdf
- (9) Weitere Informationen über das Centro Fray Julián Garcés: <https://www.centrofrayjuliangarcés.org.mx/>
- (10) Weitere Informationen über die Arbeit des Centro Fray Julian Garcés „Prevención de la Trata“: <https://www.centrofrayjuliangarcés.org.mx/wp-content/uploads/2019/11/modelo-de-prevencion.pdf>
- (11) Siehe Facebook-Seite des Kollektivs Luna del Sur: https://www.facebook.com/LunaDelSurAcOax/?locale=es_LA
- (12) Die Diskussion kann unter diesem Link verfolgt werden: https://www.facebook.com/oeku.buero/videos/855702216330095?locale=es_LA

Länderbericht

Im vergangenen Jahr hielt die Repression durch die nicaraguanische Regierung unvermindert an, wobei die katholische Kirche das Hauptziel war. Neu war, dass Kritiker*innen ausgewiesen und ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Gleichzeitig leisteten die Migrant*innen, die in den letzten Jahren in großer Zahl das Land verlassen haben, einen entscheidenden Beitrag für die nicaraguanische Wirtschaft. Ihre Rücküberweisungen übersteigen inzwischen die Exporterlöse Nicaraguas. Die Regierung hofft indes in der Außenwirtschaft, die unvermindert auf die USA ausgerichtet ist, auf die Ausweitung des Handels mit der Volksrepublik China, mit der sie im August 2023 ein Freihandelsabkommen unterzeichnete.

Repression: Ausweisung statt Gefängnis

Die Repression ging unvermindert weiter, dabei setzte die Regierung auf ein neues Mittel: Ausbürgerungen.

Am 9. Februar 2023 wurden 222 politische Gefangene in die USA ausgeflogen.⁽¹⁾ Sie wurden zu „Vaterlandsverräter*innen“ erklärt und ihnen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen.⁽²⁾ Wenige Tage später, am 15. Februar, wurde weiteren 94 Nicaraguaner*innen, von denen 92 schon im Exil lebten, die Staatsbürgerschaft aberkannt.⁽³⁾ Die Regierung begründete die Aberkennung der Staatsbürgerschaft mit einer Erweiterung der Verfassung um den Zusatz: „Vaterlandsverräter verlieren ihre nicaraguanische Nationalität“, die von der Nationalversammlung am 9. Februar beschlossen wurde. Mit diesem Vorgehen verstieß Nicaragua nicht nur gegen eigene Gesetze sondern vor allem gegen Übereinkommen des Völkerrechts, die Nicaragua unterzeichnet hat. Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft verstößt sowohl gegen das „Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit“ als auch gegen die „Amerikanische Menschenrechtskonvention“.⁽⁴⁾ Viele der Ausgebürgerten wurden außerdem nicht nur enteignet, sondern es wurden



Der Vorsitzende des Berufungsgerichts des Bezirks Managua gibt am 15. Februar die Urteile gegen 94 Angeklagte bekannt, die zu Landesverrättern erklärt werden.

auch ihre Einträge in den Melderegistern getilgt.⁽⁵⁾

Zu den Opfern dieser neuen Form der Menschenrechtsverletzung gehören praktisch alle ehemaligen Unterstützer*innen der sandinistischen Revolution, die sich von Ortega inzwischen getrennt haben, wie zum Beispiel Sergio Ramirez, Gioconda Belli, Dora Maria Tellez und Vilma Núñez. Die 84-jährige Vilma Núñez, die langjährige Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation CENIDH, ist eine der beiden Personen, denen die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, obwohl sie weiter in ihrer Heimat leben.

Die bisherigen repressiven Maßnahmen der Regierung gingen dabei unvermindert weiter. Immer wieder wurde auch 2023 von Fällen der Verweigerung der Einreise, der Ausreise und willkürlichen Festnahmen ohne Haftbefehl, ohne die Familien zu informieren berichtet. Besonders krass ist der Fall der beiden indigenen Führungspersönlichkeiten Brooklyn Rivera und Nancy Elizabeth Henríquez. Der Abgeordnete der Nationalversammlung und seine Stellvertreterin wurden am 29. September und 1. Oktober festgenommen.⁽⁶⁾ Bis heute gibt es dazu keine offizielle Stellungnahme, das heißt auch: Niemand weiß, wo sie sind. Letzteres ist nur ein Beispiel dafür, dass auch nach der Freilassung der 222 politischen Gefangenen im Februar, die Verhaftungen unverändert weiter gingen. Die Organisation *Mecanismo para el Reconocimiento de Personas Presas Políticas* gibt für das Ende des Jahres 2023 die Zahl der politischen Gefangenen mit 119 an.⁽⁷⁾



Rolando Álvarez, Bischof von Matagalpa, wegen „Verschwörung“ zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt.

Repression gegen die Katholische Kirche

Hauptziel der politischen Verfolgung war 2023 eindeutig die katholische Kirche. Da wiederum stand die Person des Bischofs von Matagalpa, Rolando Álvarez, im Zentrum. Von der Regierung Ortega war geplant, dass Rolando Álvarez, der seit August 2022 unter Hausarrest stand, am 9. Februar auch ausgewiesen werden sollte. Álvarez weigerte sich aber Nicaragua zu verlassen, ohne vorher diese Entscheidung mit der Bischofskonferenz besprechen zu können. Daniel Ortega hat ihm das

offensichtlich sehr übelgenommen und sich über den Ungehorsam des Bischofs beklagt und ihn ausgiebig als Terroristen beschimpft.⁽⁸⁾ Einen Tag nach der Weigerung des Bischofs, Nicaragua zu verlassen, wurde Rolando Álvarez wegen „Verschwörung“ zu 26 Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt.⁽⁹⁾

Die Repression gegen Institutionen und Personen der Kirche hielt das ganze Jahr über an. Die Osterprozessionen wurden verboten und kirchliche Organisationen verloren ihren Rechtsstatus und wurden enteignet. Dies traf unter anderen *Cáritas* Nicaragua, die Jesuiten und die Franziskaner.

Weltweites Aufsehen und Empörung erregte es als im August die *Universidad Centroamericana* (UCA) in Managua, die wohl angesehenste Universität des Landes, geschlossen und enteignet wurde. Der Jesuitenuniversität wurde vorgeworfen „ein Zentrum des Terrorismus“ zu sein.⁽¹⁰⁾



Universidad Centroamericana (UCA) in Managua.

Außerdem gab es das ganze Jahr über einzelne Verhaftungen, die in einer regelrechten Verhaftungswelle im Dezember gipfelte. In den letzten zehn Tagen des Jahres 2023 wurden ein weiterer Bischof, 14 Priester und zwei Seminaristen willkürlich verhaftet.⁽¹¹⁾ Hintergrund hierfür waren offensichtlich Verhandlungen zwischen der nicaraguanischen Regierung und dem Vatikan, die dazu führten, dass im Januar 19 Verhaftete nach Rom ausgewiesen wurden. Darunter war auch Bischof Rolando Álvarez.⁽¹²⁾ Diesen wollte die Regierung anscheinend unbedingt loswerden.

Die Repression richtete sich aber nicht alleine gegen die katholische Kirche. Wie in den vergangenen Jahren wurde vielen Organisationen

der Rechtsstatus entzogen. Das traf nicht nur wie bisher Nichtregierungsorganisationen (NRO) sondern auch Teile der Gesellschaft, die mit der Regierung zusammen gearbeitet hatten wie Wirtschaftsverbände und Organisationen der evangelischen Kirchen.

Im Rahmen dieser anhaltenden Verfolgung wurde am 22. Dezember 2023 auch dem Dachverband des langjährigen Partners des Ökumenischen Büros, dem *Movimiento Comunal de Nicaragua* der Rechtsstatus entzogen.⁽¹³⁾

Migration und Rücküberweisungen

Die Emigration hat 2023 deutlich abgenommen. Dies hängt vor allem mit Änderungen bei den Einreisebestimmungen in die USA zusammen. Anfang Januar 2023 wurde für Nicaraguaner*innen ein neuer legaler Weg in die USA eröffnet, während der unerlaubte Grenzübergang erschwert wurde. Nicaraguaner*innen können seitdem legal in die USA gelangen, wenn sie in den Vereinigten Staaten einen Bürgen haben, der sich verpflichtet, für sie finanzielle und andere Unterstützung zu leisten. Dann können sie eine Aufenthaltserlaubnis für bis zu zwei Jahren, einschließlich einer Beschäftigungsgenehmigung, erhalten.⁽¹⁴⁾ Diese Möglichkeit haben 2023 47000 Nicaraguaner*innen genutzt⁽¹⁵⁾, während die Zahl der Nicaraguaner*innen, die versuchen, unerlaubt die Grenze der USA zu passieren, gegenüber dem Jahr 2022 stark zurück gegangen ist.⁽¹⁶⁾



Die Zentralbank weist für 2023 4,6 Milliarden Dollar Rücküberweisungen aus.

Als Folge der starken Emigration in den Jahren davor sind die Rücküberweisungen der Migrant*innen noch einmal stark gestiegen. Für das Jahr 2023 lagen sie bei über 4,6 Milliarden Dollar⁽¹⁷⁾, ein Betrag, der mehr als doppelt so hoch ist, wie der von 2021 und inzwischen sogar die Exporteinnahmen übersteigt. Die Bedeutung der Höhe der Rücküberweisungen dafür, dass die wirtschaftliche Situation des Landes relativ gut ist, liegt auf der Hand. Da aber über 80 % der Rücküberweisungen von Migrant*innen aus den USA kommen und 40 % der Exporte in die USA gehen, ist auch klar, dass die wirtschaftliche Situation Nicaraguas sehr

stark davon abhängt, wie gut die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind. Das weiß natürlich auch die nicaraguanische Regierung.

Außenpolitische und wirtschaftliche Ausrichtung auf Russland und China

Die in den letzten Jahren begonnene Annäherung an Russland und China intensivierte sich 2023 noch einmal erheblich. Ende Januar wurde die Ankunft einer Spende Russlands von 150 Bussen von der Regierung groß gefeiert.⁽¹⁸⁾ Die Beziehung der beiden Länder ist aber eher politisch als wirtschaftlich. Welches Interesse Russland an Nicaragua hat wurde am 23. Februar 2023 bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen deutlich. Dort forderte eine große Mehrheit (141 von 193) einen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Neben Russland stimmten dabei nur sechs Staaten mit Nein, darunter Nicaragua als einziges Land Lateinamerikas.⁽¹⁹⁾

Im April besuchte der russische Außenminister Sergej Lawrow im Rahmen einer Lateinamerika Rundreise auch Nicaragua und im Herbst nahm Nicaragua an der parlamentarischen Konferenz „Russland-Lateinamerika“ 2023 in Moskau teil.

Im Laufe des Jahres wurde die Zusammenarbeit auf den Gebieten Medien, Militär, Bildung und Kultur intensiviert und verschiedene Abkommen beschlossen. Besonders bemerkenswert und besorgniserregend ist, dass Nicaragua in Moskau an der von Russland ausgerichteten Internationalen Konferenz über die Probleme des Schutzes der Menschenrechte teilgenommen hat und dass dabei beschlossen wurde, die Zusammenarbeit in diesem Bereich zwischen beiden Ländern zu stärken.⁽²⁰⁾



Lageplan des geplanten internationalen Flughafens Punta Huete,

In den Beziehungen zur Volksrepublik China steht auf Seiten Nicaraguas die Wirtschaft eindeutig im Vordergrund. Zwei Ereignisse im Jahr 2023 machen dies deutlich: Der Abschluss eines Freihandelsabkommens am 30. August⁽²¹⁾, das zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, und die Unterzeichnung mehrerer Kooperationsprojekte im Rahmen der chinesischen Initiative "Neue Seidenstraße" (*One Belt One Road*). Geplant sind der

Bau eines internationalen Flughafens nördlich von Managua und je zwei Eisenbahn- und Straßenbauprojekte.⁽²²⁾

Die Familiendiktatur plant offenbar die Nachfolge

In der letzten Zeit häufen sich die Anzeichen dafür, dass das Paar Ortega-Murillo sich konkrete Gedanken macht, wie der Machtverbleib in der Familie gesichert werden kann.

Am 9. Februar 2023 bezeichnete Daniel Ortega in einer Ansprache seine Frau, Vizepräsidentin Rosario Murillo, als "Ko-Präsidentin der Republik" und schlug vor, dieses Amt in der Verfassung zu verankern.⁽²³⁾



Laureano Ortega Murillo beim Treffen mit einer chinesischen Delegation zur Zusammenarbeit im Bereich der Medien

Neben dieser Möglichkeit der Machtübergabe von Daniel Ortega an seine Ehefrau wird ganz offensichtlich auch der gemeinsame Sohn Laureano Ortega Murillo zum potentiellen Nachfolger aufgebaut. In seiner Funktion als Berater des Präsidenten in Fragen der Investitionen, des Handels und der internationalen Zusammenarbeit ist er im vergangenen Jahr in den Beziehungen zu Russland und China immer stärker in den Vordergrund gerückt worden. Wenn Delegationen aus diesen beiden Ländern Nicaragua besuchen oder umgekehrt ist Laureano immer der Mittelpunkt. Außenminister und Wirtschaftsminister sind inzwischen an den Rand gerückt. Höhepunkt dieser Entwicklung war der 14.12.2023 als Daniel Ortega mit einem Präsidialerlass seinem Sohn die „vollständigen Befugnisse“ erteilte, im Namen der Regierung der Republik Nicaragua zu handeln und vier Abkommen mit Russland zu unterschreiben.⁽²⁴⁾

Außenminister und Wirtschaftsminister sind inzwischen an den Rand gerückt. Höhepunkt dieser Entwicklung war der 14.12.2023 als Daniel Ortega mit einem Präsidialerlass seinem Sohn die „vollständigen Befugnisse“ erteilte, im Namen der Regierung der Republik Nicaragua zu handeln und vier Abkommen mit Russland zu unterschreiben.⁽²⁴⁾

Risse im System

Am 24. Oktober 2023 wurde die Präsidentin der Zivilkammer des Obersten Gerichtshofs, Alba Luz Ramos, ihres Amtes enthoben.⁽²⁵⁾ Weder Regierung noch Justiz haben bisher dazu offiziell Stellung genommen. Nur bei der der Zivilkammer des Obersten Gerichtshofs ist der Name der Präsidentin entfernt worden.⁽²⁶⁾ Inzwischen hat es eine regelrechte Säuberungswelle gegeben. Medien berichten von mehr als hundert Entlassungen.

Situation der Medien

Die Einschätzung der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ zur aktuellen Situation der Medien in Nicaragua ist kurz und bündig: „Unabhängige Medien gibt es in Nicaragua praktisch nicht mehr. Regierungskritische Berichterstattung ist nur noch über digitale Medien möglich, von Journalist*innen die sich im Exil befinden.“⁽²⁷⁾

Die Regierungsmedien werden total dominiert von Rosario Murillo, der Regierungssprecherin, Vizepräsidentin und Ehefrau des Präsidenten Daniel Ortega. Ihr täglicher 20 Minuten dauernder Auftritt in der Nachrichtensendung Multinoticias des staatlichen Fernsehsenders Canal 4 wird auf der Regierungswebseite www.el19digital.com täglich veröffentlicht und ist die Hauptquelle und Richtlinie für alle regierungskonformen Medien.

Politische Opposition

Eine politische Opposition ist in Nicaragua nur noch aus dem Exil möglich. Praktisch alle Politiker*innen, die nicht mit Daniel Ortega einverstanden sind, haben inzwischen das Land verlassen müssen. Dies ist natürlich für sie eine extrem schwierige Situation. Die Regierung Ortega Murillo hofft sie mit schärferen internationalen Sanktionen beseitigen zu können. Ihrer eigene Politik erschöpft sich darin, wie schon seit Jahren, erfolglos neue Versuche zu starten, die „nationale Einheit“ zu erreichen.⁽²⁸⁾

Dass der Kontrollwahn der Regierung Ortega Murillo schon paranoide Züge angenommen hat, konnte man erkennen, als im November die Nicaraguanerin Sheynnis Palacios zur Miss Universum gewählt wurde. Das ganze Land war sehr stolz. Am Tag nach der Wahl feierten Herrschende⁽²⁹⁾ und Beherrschte diesen Sieg Nicaraguas. Als die Menschen aber mit Nationalfahnen spontan, ohne die Regierung um Erlaubnis zu fragen, auf die Straße gingen um die Siegerin und sich selbst zu feiern, erkannte Rosario Murillo darin den „Versuch eines zerstörerischen Staatsstreichs“ (golpismo destructivo)⁽³⁰⁾. Die Schuldigen waren schnell gefunden. Der nicaraguanischen Managerin der Miss Universum, Karen Celebertti, ihrem Ehemann und ihrem Sohn wurden „Verschwörung gegen das Vaterland“ vorgeworfen. Karen Celebertti wurde die Wiedereinreise nach Nicaragua verweigert, Ehemann und Sohn verhaftet, erst Wochen später freigelassen und ausgewiesen.

- (1) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:136779-nicaragua-ordena-la-deportacion-de-222-traidores-a-la-patria>
- (2) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:136780-reforma-constitucional-todo-traidor-a-la-patria-pierde-la-condicion-de-nacional>
- (3) https://www.poderjudicial.gob.ni/prensa/notas_prensa_detalle.asp?id_noticia=12272
- (4) <https://verfassungsblog.de/ausburgerung-als-verscharfte-form-politischer-verfolgung/>
- (5) https://www.ohchr.org/sites/default/files/A_HRC_55_27_UnofficialSpanish-Version1.pdf
- (6) <https://confidencial.digital/politica/policia-del-regimen-arresta-a-diputada-suplente-de-yatama-nancy-henriquez/>
- (7) <https://twitter.com/MPresasPresosNi/status/1744510728885731419>
- (8) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:136810-alvarez-se-nego-acatar-la-decision-del-estado-nicaraguense>
- (9) <https://confidencial.digital/nacion/condenan-a-26-anos-de-carcel-al-obispo-rolando-alvarez/>
- (10) <https://www.laprensani.com/2023/08/18/politica/3193265-dictadura-oficializa-en-la-gaceta-la-confiscacion-de-la-uca>
- (11) <https://confidencial.digital/nacion/dictadura-ejecuta-gran-redada-navidad-negra-contra-sacerdotes/>
- (12) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:148277-gobierno-de-nicaragua-y-santa-sede-acuerdan-envio-de-obispos-sacerdotes-y-seminaristas>
- (13) <https://www.lagaceta.gob.ni/la-gaceta-no-231-miercoles-20-de-diciembre-de-2023/>
- (14) <https://www.dhs.gov/news/2023/01/05/el-departamento-de-seguridad-nacional-continua-preparandose-para-el-fin-del-titulo>
- (15) <https://confidencial.digital/migrantes/mas-de-47-000-nicaraguenses-migran-a-ce-uu-en-el-primer-ano-del-parole-humanitario/>
- (16) <https://www.cbp.gov/newsroom/stats/nationwide-encounters>
- (17) <https://www.bcn.gob.ni/publicaciones/informe-de-remesas-iv-trimestre-2023>
- (18) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:136506-entregan-lote-de-autobuses-rusos-a-cooperativas-del-transporte-colectivo-de-nicaragua>
- (19) <https://www.laprensani.com/2023/02/23/politica/3110815-nicaragua-uno-de-los-unicos-7-paises-del-mundo-en-contra-de-frenar-la-guerra-rusa-contra-ucrania>
- (20) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:145753-nicaragua-y-rusia-firman-memorandum-fortaleciendo-cooperacion-en-derechos-humanos>
- (21) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:144053-dia-historico-nicaragua-y-la-republica-popular-china-firman-tratado-de-libre-comercio>
- (22) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:145846-conozca-los-proyectos-a-ejecutarse-en-nicaragua-con-cooperacion-de-la-republica-popular-china>

- (23) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:136812-mensaje-del-presidente-comandante-daniel-al-pueblo-nicaraguense-09-02-23> - la Compañera Rosario Murillo, Co-Presidenta de la República, -
- (24) <https://www.dw.com/es/daniel-ortega-da-plenos-poderes-a-su-hijo-ante-rusia/a-67727345>
- (25) <https://confidencial.digital/politica/policia-desaloja-de-su-oficina-a-alba-luz-ramos-presidenta-de-la-csj/>
- (26) https://www.poderjudicial.gob.ni/scivil_1/default.asp
- (27) <https://rsf.org/es/pais/nicaragua>
- (28) <https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/07/09/que-es-mon-teverde-el-nuevo-espacio-opositor-a-la-dictadura-de-daniel-ortega-que-nacio-en-secreto-y-causa-polemica-en-nicaragua/>
- (29) Die Regierungswebseite titelte: Nicaragua hat gewonnen! Es lebe Nicaragua! Es lebe Sheynnis! <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:146691-gano-nicaragua-viva-nicaragua-viva-sheynnis>
- (30) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:146794-nicaragua-tiene-paz-tiene-amor-y-dignidad-mas-claro-cantamos-y-celebramos>

Der Umweltaktivist León Ávila Romero aus Chiapas, Mexiko während seines Aufenthalts in Deutschland im Rahmen des Programms der Elisabeth-Selbert-Initiative



León Ávila bei einem Vortrag über die "Folgen der Megaprojekte in Mexiko" auf dem Kongress "Kontinuität und Wandel in Lateinamerika" in Hannover

Aktivitäten zu Brasilien

Unsere Mitarbeiterin zu Brasilien, Biancka Arruda Miranda, hat 2023 mit vielfältiger Vernetzungsarbeit begonnen. Neben dem Knüpfen von deutschlandweiten Kontakten konnte sie Ende April am ATL – Acampamento Terra Livre (Camp freies Land), der größten Versammlung von Indigenen in Brasília und im September an der Marcha das Mulheres Indigenas (Marsch der Indigenen Frauen) teilnehmen. Im Juli vertrat sie das Ökubüro beim „Gipfel der Völker“, parallel zum Gipfel von EU-CELAC (Gemeinschaft der karibischen und lateinamerikanischen Staaten) in Brüssel und beteiligte sich an Aktionen. Zur Situation in Brasilien erschienen drei Artikel:

<https://amerika21.de/analyse/263946/camp-der-hoffnung-brasilien>

<https://amerika21.de/2023/06/264241/brasilien-marco-temporal-gegen-indigene>

<https://amerika21.de/2023/10/266253/brasilien-senat-fuer-marco-temporal>

Film & Gespräch: Vento na Fronteira (The wind blows the border)

Am 14. Dezember zeigten wir in München in Kooperation mit dem Nord-Süd-Forum, Pro Regenwald, der Gesellschaft für bedrohte Völker, Oekom e.V. und Morgen e.V. den brasilianischen Dokumentarfilm „Vento na Fronteira (2022) und diskutierten mit der Regisseurin Marina



Filmstill aus Vento na Fronteira

Weis und Biancka Arruda Miranda über die in dem Film dargestellten gegensätzlichen Sichtweisen auf ländliche „Entwicklung“.

In der Diskussion ging es um den Kampf um die Territorien, eine Konstante in Brasiliens Geschichte seit der Kolonisierung. Das Publikums war sehr interessiert, mehr über die Verflechtungen und die Macht der Agrarindustrie in Brasilien zu erfahren. Die Referent*innen analysierten, wie mächtig das Agrobusiness auch in der Regierung Lulas ist, da es im Parlament die Mehrheit der Abgeordneten stellt. Im Abgeordnetenhaus (Camara dos Deputados) gehören 300 von 513 Parlamentarier*innen der überparteilichen Fraktion der Ruralistas an und im Bundessenat (Senado Federal) sind es 47 von 81 Senator*innen. Aktuell werden mehr als 100 Gesetzentwürfe und Anträge in beiden Häusern des Kongresses behandelt, die die verfassungsmäßige Rechte der Indigene in Frage stellen. Meist geht es bei diesen Vorhaben darum, das Recht auf Ausweisung von indigenem Land einzuschränken. Allein im Jahr 2017 wurden 848 anti-indigene Anträge bearbeitet; von 2015 bis 2017 kam es zu 1.930 Gesetzgebungsinitiativen gegen die Ansprüche indigener Völker.

Während der Regierung von Bolsonaro wurde eine anti-indigene Politik praktiziert: Nicht ein Zentimeter zusätzlich wurde als indigenes Schutzgebiet demarkiert. Während der ersten Lula Regierung waren sechs Territorien ausgewiesen worden. Der Indigenen-Dachverband Apib (Articulacao dos Povos Indigenas do Brasil) wies darauf hin, dass acht weitere Territorien bereits unterschriftsreif demarkiert seien und auf Vollzug warteten. Demzufolge werden über tausend Territorien von indigenen Völkern beansprucht.

Angesprochen wurde auch die Rolle der transnationalen Unternehmen, die das Agrobusiness finanziell unterstützen. 44 Prozent der Mitglieder des brasilianischen Parlaments waren 2019 Teil der parlamentarischen Interessenvertretung für die brasilianische Agrarindustrie (FPA – Frente Parlamentar Agro), die vom Institut Pensar Agro (IPA) unterstützt wird. Das Institut wiederum wird von mehr als 40 Verbänden finanziert, zu denen laut der Zeitschrift Forbes auch die transnationalen Konzerne Bayer, BASF, BRF, JBS, Syngenta, Bunge und Cargill gehören.

Angebote für Schulen

Projekttag und Workshops mit Schüler*innen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Zum einen bieten wir immer wieder Aktivitäten mit Gäst*innen aus Lateinamerika an. 2023 waren dies zum Beispiel Schuldoppelstunden zu Privatstädten in Honduras und zum Gewalt-samen Verschwindenlassen in Mexiko (siehe dazu die Berichte zu den jeweiligen Ländern). Zum anderen entwickeln wir jedoch auch permanente Angebote für verschiedene Schultypen und Jahrgangsstufen, die von unseren Mitarbeitenden selbst in Absprache mit den Lehrkräften gestaltet werden. Zwei davon, die wir 2023 zum ersten Mal umgesetzt haben, stellen wir hier vor.

Projekttag für Gymnasien: Auswirkungen der Drogenproduktion am Beispiel Kolumbien



Interaktion und Perspektivwechsel: Beim Projekttag arbeiten wir mit verschiedenen Medien wie zum Beispiel einer Weltkarte in nicht-eurozentrischem Maßstab, Karteikarten, aber auch Coca-Blättern zum Anfassen und Riechen.

die indigenen Gemeinschaften sichtbar machen. Auf diese Weise versuchen wir, den Schüler*innen näherzubringen, wie wichtig die Suche nach Frieden und die Achtung der Menschenrechte in den Ländern ist, die an der Drogenproduktion beteiligt sind.

Anfang Dezember 2023 diskutierte unser Kolumbien-Referent Alejandro Pacheco mit 39 Schüler*innen aus Spanisch-Leistungskursen und drei Lehrkräften des Münchner Michaeli-Gymnasiums die Probleme entlang der Heroin- und Kokainproduktionskette.

Der Projekttag hat zum Ziel, Schüler*innen der Oberstufe am Beispiel Kolumbiens über die Gefahren der Drogenproduktion zu sensibilisieren und sie über den Ursprung und die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Folgen zu unterrichten. Wir wollen zudem das Bewusstsein für das Problem der Klichschees (Kolumbien = Drogenkartelle) schärfen und die Bedeutung des Koka-Blattes und anderer Pflanzen für

Nach einem spielerischen Einstieg folgte ein einführender Vortrag mit Informationen über Kolumbien. Anschließend wurden die Probleme der Drogenproduktion für Mensch und Natur anhand von Videos und Fotos erörtert. Der Informationsblock endete mit einer Darstellung der "Narcokultur". Danach analysierten die Schüler*innen in Arbeitsgruppen die Lieferketten von Kokain und Heroin. In der Gruppenarbeit diskutierten sie über das Netz, das sich rund um den Globus um die Produktion von Kokain bildet, über Distribution/Verteilung/Export des Produktes und vor allem welche Probleme dadurch vor Ort und unter den Konsumierenden entstehen. Dazu gehörten gesundheitliche und soziale Aspekte, gewaltsame Vertreibung, Umweltschäden zum Beispiel durch Chemikalieneinsatz, Konflikte, Gewalt und Korruption.

Abschließend beantwortete unser Kolumbienreferent Fragen aus der Gruppenarbeit und öffnete den Raum für eine Diskussion über die Handlungsmöglichkeiten im eigenen Umfeld.

Die Schüler*innen bewerteten unter anderem die folgenden Punkte sehr positiv: Videos, Fotos und Karten, Kokablätter sehen und anfassen zu können und über ihre traditionelle Bedeutung abseits der Kokainproduktion zu lernen, Interaktivität, die Spracherfahrung auf Spanisch, informative Statistiken, Informationen über die Umweltfolgen der Kokainproduktion, Diskussion über Klischees und „Narcokultur“. Neu waren für sie Informationen über miteinander verwobene Konflikte (Kohle, Drogen, Staudämme, Umsiedlungen, Vertreibung, Korruption, Umweltprobleme). Ein Perspektivwechsel stellte sich in Bezug auf kulturelle Narco-Codes zum Beispiel in der Musik ein, hier rückte die Problematik der kulturellen Normalisierung von Gewalt in den Vordergrund.

Die Schüler*innen präsentierten unter anderem folgende Handlungsmöglichkeiten: Selbst keine Drogen zu konsumieren und sich mit dem neuen Wissen im Freundeskreis einzubringen. Im Bereich politischer Lösungen diskutierten sie kontrovers über repressive versus präventive Drogenpolitik, die möglichen Auswirkungen der Legalisierung illegaler Drogen für die produzierenden Gesellschaften sowie den Sinn und die Schwierigkeiten verschärfter Zoll- und Grenzkontrollen.

Motiviert durch den Projekttag entwickelte einige Teilnehmende in Eigeninitiative unter Anleitung unserer Mexikoreferentin Patricia Rendón, die auch Radiomacherin ist, eine einstündige Radiosendung zum Thema, die von Radio Lora München ausgestrahlt wurde .



Radioworkshop mit Schüler*innen des Michaeli-Gymnasiums München

Workshop für Mittelschulen: Klimakrise, Klimawandel, Klimagerechtigkeit

Im Dezember gaben wir zwei Workshops für 9. Klassen der Privaten Evangelischen Mittelschule Lukas in München. In diesen Schuldoppelstunden ging es darum, wie Klimawandel, Klimakrise und Klimagerechtigkeit miteinander verflochten sind. Ein Ziel war, die Jugendlichen für die (ungleichen) Machtverhältnisse zwischen den Ländern aus dem Globalen Norden und Süden und deren Folgen in Bezug auf den Klimawandel zu sensibilisieren. Mit interaktiven Methoden wurde über die Begrifflichkeit reflektiert, Übungen zu den Themen Positionierung bezüglich des Klimawandels und Privilegien durchgeführt und über Handlungsoptionen nachgedacht, um Klimakrise und Klimaungerechtigkeit zumindest zu verringern.

In Gruppenarbeit und im Plenum verwendeten die beiden Workshop-Leiter*innen Bianca Arruda Miranda und Ayana Dias da Silva Möhr verschiedene Materialien, u.a. die Weltkarte „Perspektiven Wechseln“, ein Video zum Thema Fast Fashion und die Folgen im Globalen Süden sowie einen Privilegien-Test. Anhand der Weltkarte „Perspektiven Wechseln“ konnten die Jugendlichen feststellen, wie verzerrt die gewohnte Darstellung ist. Sie waren überrascht, wie klein Europa in realen Proportionen erscheint. Die Weltkarte diente auch als Ausgangspunkt, um Begriffe wie Entwicklung, Globaler Norden und Süden zu klären.

„Klimagerechtigkeit“ erwies sich als schwieriger Begriff für die Schüler*innen. Deswegen tauschten sie sich zunächst über Gerechtigkeit aus. Danach bekamen sie die Aufgabe sich bezüglich der Frage "Habe ich einen Einfluss auf den Klimawandel?" zu positionieren. In einer Klasse positionierte sich die Mehrheit in der Mitte und die meisten Schüler*innen benannten ihr Konsumverhalten als einen Einflussfaktor. Sie reflektierten auch, ob man als Kollektiv etwas ändern kann. In der anderen Klasse glaubte die Mehrheit, keinen Einfluss auf den Klimawandel zu haben. Der Grund sei, dass man als Individuum keinen Unterschied mache und kaum etwas bewegen könne. Einige Schüler*innen waren damit nicht einverstanden und es entstand eine lebhafte Diskussion.

Eine weitere Übung war zu reflektieren, ob Fliegen ein Klimakiller ist. Der Unterschied zwischen dem Flugzeug und anderen Verkehrsmitteln für den Klimawandel wurde am CO₂ Anstoß gemessen und alternative Arten der Mobilität diskutiert. Das nächste Thema war die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Jugendlichen tauschten sich aus und stellten fest: Es gab weniger Produkte im Supermarkt, weil es schwieriger war, Lebensmittel zu transportieren (Lieferketten), und daher die Preise stiegen. Flüge wurden abgesagt, daher gab es weniger Luftverschmutzung. Venedig wurde als Beispiel verwendet, wie Tiere während der Pandemie dorthin zurückkehrten, weil das Wasser aufgrund des geringeren Bootsverkehrs sauberer war.

Anschließend zeigten wir einen kurzen Film zum Thema Fast Fashion. Die Schüler*innen waren beeindruckt von der Menge an Textilmüll, der durch den im Globalen Norden verursachten Fast Fashion-Markt erzeugt wird, und welche Folgen für Menschen, Umwelt und Wirtschaft dadurch in Ländern des Globalen Südens wie Ghana entstehen. Sie überprüften die Etiketten ihrer Kleidung, um zu erfahren, aus welchen Ländern sie stammt, und stellten fest, dass keine von ihnen in Deutschland beziehungsweise Europa hergestellt wurde. Alternativen wie der Kauf von Second Hand Kleidung wurden diskutiert. Anschließend wurde die Frage gestellt, ob Klima-Aktivismus zur Lösung beiträgt. In beiden Klassen war die Mehrheit mit dem Begriff vertraut und kannte Greta Thunberg. Die meisten waren aber mit bestimmten Aktionsformen nicht einverstanden oder konnten sie nicht verstehen.

Zum Abschluss gab es einen Test zum Thema „Privilegien“. Nach einigen Reflexionen stellten die Schüler*innen gemeinsam fest, dass der Globale Norden Wohlstand, politische Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten des Globalen Südens erreicht. Sie benannten Ungleichheit und die dadurch bedingten Abhängigkeitsverhältnisse.

Weitere Aktivitäten

Menschenrechte in Guatemala

Im April 2023 beteiligten wir uns an der Veranstaltung von Peace Brigades International „Menschenrechte unter Druck am Izabal-See in Guatemala – Unternehmerische Sorgfaltspflichten am Beispiel der Nickelmine Fénix“ mit dem guatemaltekischen Journalisten Carlos Choc im Münchner EineWeltHaus.

Asyl und Alltag in Deutschland

Das Jahr über begleiteten wir weiter die geflüchtete trans* Menschenrechtsverteidigerin María Victoria Leguizamo Parales auf ihren Wegen in Deutschland. Im Vordergrund stand 2023 vor allem Alltagsbewältigung mit gesundheitlichen Fragen, Krankenversicherung, Arbeit und Wohnen.

Zudem unterstützten wir eine honduranische Familie aus dem Aguán-Tal (siehe Länderbericht), deren Asylantrag in letzter Instanz abgelehnt worden war, bei ihrer Eingabe an die Härtefallkommission in Bayern.

Unser Kolumbienreferent unterstützte die ehrenamtlichen Initiative "Recht auf Asyl – Derecho al Asilo" mit Kontakten und Informationsaustausch. Die Initiative informiert Asylsuchende aus Südamerika (besonders aus Kolumbien)

und begleitet sie auf ihrem mühsamen Weg, in Deutschland Schutz zu finden. Außerdem stand er mehreren Personen solidarisch zur Seite, die temporäre Hilfe bei der Bewältigung von psychosozialen und bürokratischen Alltagsproblemen anfragten.



Trans Rechte jetzt! Maria Victoria vor einem Vortrag an der Universität Hannover.

Öffentlichkeitsarbeit

Radio-Produktion

An neun ersten Montagen im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr unsere eigene Radiosendung „en la linea“ bei Radio Lora München, teils live mit Studiogästen aus unseren Schwerpunktländern, teils vorproduziert. Themen waren 2023 unter anderem: Selbstversorgung, alternative Medizin und Frauen am Beispiel von Chiapas, der Kampf um den Schutz und die Verteidigung des Wassers in Chiapas, das gewaltsame Verschwinden in Mexiko mit den Gästen unserer Rundreise und sogar Live-Musik mit Arturo Muñoz "Carcará", die Privatstädte (ZEDE) in Honduras sowie Straflosigkeit und Übergangsjustiz in Kolumbien mit den Müttern der sogenannten „Falsos Positivos“ auf ihrer Europa-Tournee. Gelegentlich produzieren wir auch Beiträge für die überregionale Plattform Radio Onda (Poonal) oder arbeiten daran mit. 2023 führte unsere Mexiko-Referentin ein Interview mit Teodora Vásquez für den freien Radiosender Vokaribe.

Podcast

2022 begannen wir mit der Produktion unseres spanisch- und deutschsprachigen Podcasts "Hay Elefantes en Abya Yala? - Gibt es Elefanten in Abya Yala?". Seither konnten wir vier Episoden zu Honduras und Mexiko veröffentlichen.

Sie können auf Soundcloud und Spotify werden und wir laden auch zu Hörclubs (Tertulias) in München ein, um Raum für Begegnungen und Gespräche rund um die Themen des Podcasts zu bieten.



Homepage

Auf unserer Homepage www.oekubuero.de geben wir einen aktuellen

Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus

unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

YouTube-Kanäle „Oeku Buero“ und „Klimasolidarität Jetzt!“

Auf beiden Kanälen veröffentlichen wir Videos von Veranstaltungen des Ökubüros, in denen wir uns mit den Realitäten in den Ländern, zu denen wir arbeiten, auseinandersetzen.

Social-Media Plattformen

Unser Kanal [fb.com/oeuku.buero](https://www.facebook.com/oeuku.buero) ergänzt das Informationsangebot unserer Website. 2023 konnten wir einen eigenen Instagram-Kanal aufbauen: https://www.instagram.com/oeukubuero_muc

Mailverteiler & Newsletter

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns E-Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir über unseren etwa acht Mal jährlich erscheinenden elektronischen Newsletter auf kommende Veranstaltungen und interessante Themen aufmerksam.

Medienpräsenz

Wir vermitteln Medien und freiberuflichen Kolleg*innen Hintergrundinformation beziehungsweise Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner*innen angefragt. Wir veröffentlichen Beiträge bei [amerika21](https://amerika21.org) und in Zeitschriften oder geben Interviews.

Pressemitteilungen & Eilaktionen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben gemeinsame offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern.

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existieren eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema NordSüd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

BUKO

Die BUNdesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 EineWeltGruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Das Ökumenische Büro ist Mitglied der BUKO und wird immer wieder für gemeinsame Veranstaltungen angefragt

Runder Tisch Zentralamerika

Der Runde Tisch Zentralamerika (RT-ZA) ist ein Netzwerk von ca. 30 Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen Hilfswerken, Stiftungen, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen in Deutschland und teilweise in Österreich und der Schweiz, die zu entwicklungspolitischen Themen in Zentralamerika arbeiten und Partnerbeziehungen in der Region unterhalten. Er wurde 2014 gegründet, um verstärkt in der deutschsprachigen Öffentlichkeit auf die Situation und Problemlagen in den zentralamerikanischen Ländern aufmerksam zu machen. Im Fokus steht die Menschenrechtslage in der Region.

HondurasDelegation

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ist aus der Honduras-Delegationsreise

2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Seither sind wir integraler Bestandteil dieses Arbeitszusammenhangs.

Menschenrechtskoordination Kolumbien

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK) ist ein Netzwerk von 17 Menschenrechtsorganisationen, Solidaritätsgruppen und Hilfswerken, die bereits seit 1995 ihre Arbeit zu den Menschenrechten in Kolumbien abstimmen. Dabei stehen für sie gleichermaßen die bürgerlichen und politischen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte im Zentrum ihrer Arbeit. Ebenso spielt die Umsetzung des Friedensprozesses eine

wichtige Rolle für die Arbeit der MRKK.

Red Columba

Netzwerk von Kollektiven, Gruppen und Aktivist*innen, die sich von Deutschland aus für Kolumbien engagieren. Im Jahr 2023 waren elf Gruppen in acht deutschen Städten im Netzwerk aktiv. Mit ihnen organisieren wir gemeinsame Aktivitäten und tauschen Informationen und Kontakte aus.

Menschenrechtskoordination Mexiko

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von 18 Hilfswerken und Initiativen, die in Deutschland zur Menschenrechtssituation in Mexiko arbeiten. Das gemeinsame Anliegen ist die Unterstützung mexikanischer Menschenrechtsorganisationen in ihrem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit, für mehr Demokratie und Gerechtigkeit.

Koalition gegen Verschwindenlassen

Die Koalition ist ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und Individuen aus dem deutschsprachigen

Raum, das sich seit 2015 gegen das Verschwindenlassen von Personen einsetzt.

Seit 2022 ist das ÖkuBüro in der Arbeit der Koalition erneut sehr aktiv und organisierte 2023 besonders viele Veranstaltungen zum Thema Verschwindenlassen in Lateinamerika.



Auf der Messe „München global solidarisch aktiv“ im Alten Rathaus.

Portal amerika21.de

Das

LateinamerikaNachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes

deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert.

Für amerika21 verfassen wir regelmäßig Beiträge, gelegentlich arbeiten wir anderen Autor*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und *Aktionäre

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. zusammen. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rückten, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten.

Bildcredits

- S. 7 SEDESOL Honduras
- S. 9 Radio Progreso Honduras
- S. 10 Secretaría de Defensa Nacional Honduras
- S. 11 Guapinol Resiste
- S. 12 Instituto Nacional de Conservación y Desarrollo Forestal Honduras
- S. 14 COPINH
- S. 26 INDEPAZ
- S. 29 Banco Mundial Datos
- S. 41 klimasolidaritaet.de
- S. 43 Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular
- S. 44 Compañero Camilo
- S. 44 Presidencia El Salvador
- S. 45 MOVIR
- S. 46 CISPES
- S. 47 ADES
- S. 61 @CDHFrMatias
- S. 77 Comisión de Comunicación del Poder Judicial
- S. 78 el19digital
- S. 79 jesuits.org
- S. 80 Banco Central de Nicaragua
- S. 81 Radio la primerisima
- S. 82 el19digital
- S. 87 (c) Laboratório Cisco
- S. 93 M.V. Leguizamo Paraes

Alle anderen: Öku-Büro

Titelbild

Das Foto wurde während einer Aktion in München auf dem Prof. Huber Platz aufgenommen. Es handelt sich um eine der Puppen, die Teil des Projektes "Narrative von unten: Geschichten und Erinnerungen des Verschwindenlassens in Mexiko" sind. Die Puppen haben Angehörige von Verschwundenen in Mexiko hergestellt.

Quelle: Oekubucero

Ökumenisches Büro



**Lateinamerika • El Salvador
Honduras • Kolumbien • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben, für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2023 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.
Das Team des Ökumenischen Büros

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM